

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

45 (22.2.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM. zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

3 52. Jahrgang

Donnerstag, den 22. Februar 1951

Nr. 45

Abschied von Hans Böckler

Eindrucksvolle Feier an seiner Bahre
Köln (UP). Die Bevölkerung der Deutschen Bundesrepublik und viele ausländische Freunde der deutschen Arbeiterbewegung nahmen am Mittwoch von dem verstorbenen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. h.c. Hans Böckler Abschied. Die Flaggen auf vielen öffentlichen Gebäuden im Bundesgebiet, den Gewerkschaftshäusern und den Betrieben des Ruhrgebietes waren auf Halbmast gesetzt, als Böckler in der Aula der Universität zum letzten Male von rund 1200 Trauergästen geehrt wurde.

Unter denen, die sich an seiner Bahre versammelten, sah man Bundespräsident Heuss, Bundeskanzler Adenauer, den SPD-Führer Schumacher und die drei Hohen Kommissare McCloy, François-Poncet und Kirkpatrick. Die in schwarz ausgeschlagene und von Lorbeerzweigen flankierte Bühne zeigte das überlebensgroße Bild des Verstorbenen. Darunter standen Blumenarrangements in den Farben der Stadt Köln. Der schlichte Eichensarg des Toten war von Kränzen und Blumen überdeckt.

Zwölf Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Lebens — darunter der Bundespräsident und der Bundeskanzler — gedachten am Sarge des Lebenswerkes und der Verpflichtung, die der 75jährige Arbeiterführer hinterlassen hat. Theodor Heuss hob hervor, daß Hans Böckler aus dem Ethos des Berufes heraus die Sicherung der staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit aus freier Verantwortung als Auftrag den Menschen gegeben habe. Das Gefühl der Verantwortung, das der Tote dem deutschen Volk gegenüber gehabt habe, betonte Dr. Adenauer, als er davon sprach, daß das gesamte Volk Böckler tiefen Dank schulde. Bewegt nahm Schumacher Abschied von dem Manne, der seit 57 Jahren Mitglied der deutschen Sozialdemokratischen Partei war und zu ihren bedeutendsten Persönlichkeiten zählte.

Die große Achtung, die Böckler im Ausland genoß, wurde deutlich, als der Präsident des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften, Paul Finet, von dem Vizepräsidenten des Bundes Abschied nahm. Es sei Böcklers Verdienst, wenn die Masse der deutschen Arbeitnehmer über die Gewerkschaften wieder zur Demokratie zurückgeführt worden sei. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Arnold, stellte den maßvollen und besonnenen Geist des Verstorbenen heraus. Tiefschwermutige Abschiedsworte fanden auch die Mitkämpfer Böcklers, Matthias Föcher, Walter Freitag und August Schmid.

Tausende von Menschen entboten Hans Böckler ihren letzten Gruß, als der Trauerzug von der Universität aus zum Friedhof zog. Georg Reuter, einer der beiden stellvertretenden DGB-Vorsitzenden, noch einmal im Namen der deutschen Gewerkschaften von dem Toten Abschied nahm. In einem Ehrengrab der Stadt Köln hat Böckler seine letzte Ruhe gefunden.

Zu Beginn der Bundestagsitzung am Mittwoch erhoben sich die Abgeordneten zu Ehren des verstorbenen Vorsitzenden des DGB, Bundestagspräsident Hermann Ehlers gedachte Böcklers und hob seine Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft und das gesamte deutsche Volk hervor. Er wünschte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß sie immer „Führer von der Uneigennützigkeit, Lauterkeit und Arbeitsamkeit Hans Böcklers“ in ihren Reihen haben möge.

Hilfe für Kriegsgefangene

Bundesregierung will Unterlagen sammeln
Bonn (UP). Die Behandlung der Frage der deutschen Kriegsgefangenen, verschleppten Zivilisten und Vermissten in der vorgesehene Viermächte-Konferenz soll die deutsche Bundesregierung von der alliierten Hohen-Kommission fordern, beantragte am Mittwoch die Zentrumsabgeordnete Frau Thea Arnold im Bundestag. Anlaß gab eine Aussprache des Parlamentes über die noch nicht heimgekehrten deutschen Kriegsgefangenen.

Bundesführungsminister Lukaschek begrüßte die Initiative des Hauses und teilte mit, daß in Zusammenarbeit mit einem Ausschuß der UN bis zum 30. April 1951 beweiskräftige Unterlagen zusammengestellt werden. Ein vorgelegter Gesetzentwurf soll die Sammlung von Nachrichten über Kriegsgefangene möglich machen.

Im Auftrag des Bundesinnenministers erklärte Staatssekretär Ritter von Lex vor dem Bundestag, die Regierung sei vom Generalsekretariat des Europarates zur Mitwirkung an der Schaffung eines Europapasses eingeladen worden. Die Regierung sei bereit, die Abschaffung der Sichtvermerke wenigstens für Jugendliche bis zu 25 Jahren vorzuschlagen, soweit sich eine allgemeine Aufhebung noch nicht verwirklichen lasse.

Reuter in USA. Der Oberbürgermeister von Berlin, Professor Ernst Reuter, ist zu einem kurzen Besuch nach den USA gefahren.

Berufung gegen das Huppenkochen-Urteil. Das bekanntlich auf dreieinhalb Jahre Zuchthaus lautete, wurde vom Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe eingelegt.

Die Heirat des jüngsten Bruders des Schah. Prinz Hamid Reza mit der 17jährigen Minu Dowlatbahi wird in Kürze erfolgen. Der in Kalifornien erzogene Prinz ist 19 Jahre alt.

Liberalisierung außer Kraft

Sensationelle Maßnahmen der Bundesregierung — Außenhandel soll neu geregelt werden

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat im Einvernehmen mit führenden deutschen Finanzsachverständigen und Wirtschaftsfachleuten die Freiliste für die Liberalisierung des Außenhandels vorübergehend außer Kraft gesetzt. Vizekanzler Blücher, der diese Maßnahme vor der Presse in Bonn bekanntgab, fügte hinzu, daß bis zur Überprüfung der Liberalisierung nur die Importverpflichtungen auf Grund von Handelsverträgen erfüllt würden.

Lizenzanträge für die Einfuhr liberalisierter Waren werden „einige wenige Tage“ lang nicht bearbeitet, um eine Neufestlegung der Liberalisierungslisten möglich zu machen. Blücher sagte in diesem Zusammenhang, Deutschland habe seine Importe zur Zeit zu etwa 60 Prozent liberalisiert, lehnte aber die Angabe der Prozentsätze ab, um welche die Liberalisierung nach Überprüfung der Einfuhrlisten vermindert werden soll, doch meinte er, sie werde keinen „sensationellen Umfang“ erreichen, denn die Regierung halte nach wie vor an ihren bisherigen Grundsätzen fest.

Den Stand der deutschen Devisenbilanz bezeichnete Blücher als „ausgezeichnet“; die neuen Maßnahmen seien daher auf die Zukunft gerichtet. Eine Analyse der deutschen Importe habe ergeben, daß die Vorratshaltung der deutschen Wirtschaft befriedigend sei. Der einzige wirkliche Mangel sei Kohle. Andere Rohstoffe fehlten nicht in erwähnenswertem Maße. Man hätte deshalb an der Liberalisierung festhalten können, wenn nicht in den letzten Wochen „so viele türckische Einkäufe getätigt worden wären“.

Die besondere Lage Deutschlands habe es mit sich gebracht, daß die Bundesrepublik ihre Exporte auf Grund von langfristigen Handelsverträgen zu den alten, niedrigen Weltmarktpreisen durchführen müsse, während die Importe auf der Grundlage neuer, kurzfristiger Verträge erfolgten, die auf den höheren Weltmarktpreisen basieren. Eines dieser Verträge wandle sich der Vizekanzler gegen die Gerüchte über angebliche Meinungsverschiedenheiten im Kabinett wegen der Wirtschaftspolitik. Er sagte: „Es gibt keine Gruppe Adenauer-Schäffer, Erhard-Wildermuth und keinen bescheidenen Mann im Hintergrund mit Namen Blücher.“

150 Millionen Verlust

Die steigenden Weltmarktpreise und das fast normal gebliebene Preisniveau in Westdeutschland haben im letzten Quartal 1950 dazu geführt, daß für die deutschen Einfuhren 150 Millionen DM mehr bezahlt werden mußten, als vor der Koreskrise, während die

deutschen Exporte keinen größeren Erlös brachten.

Allgemein wird in Bonner Regierungskreisen deshalb die Forderung nach einem höheren deutschen Exportpreis erhoben, insbesondere bei Kohle. Man weist auf Großbritannien hin, dessen Kohlenexportpreise etwa 75 Prozent über seinem Inlandkohlenpreis liegt. Aus diesem Grunde sei auch eine Erhöhung des deutschen Exportpreises um drei Dollar je Tonne angemessen. Der durch eine solche Preiserhöhung zu erwartende Mehrerlös von wenigstens 75 Millionen Dollar sei geeignet, die deutschen Zahlungsverpflichtungen bei der europäischen Zahlungsunion zu verringern.

Die Bundesregierung beabsichtigt überdies, mit Frankreich und Großbritannien Sonderverhandlungen zu führen, um die Frage der im Handelsverkehr mit diesen beiden Staaten aufgelaufenen Schulden bei der europäischen Zahlungsunion zu regeln. Insgesamt soll es sich um einen Betrag von rund 150 Millionen Dollar handeln, der aus den laufenden Zahlungsverpflichtungen herausgenommen und in eine Anleihe mit längerer Laufzeit umgewandelt werden soll. Hierdurch würde sich das deutsche Defizit bei der EPU, das sich nach dem neuesten Stand auf ungefähr 484 Millionen Dollar beläuft, auf rund 254 Millionen Dollar verringern. Dieser Betrag würde dann noch innerhalb des der Bundesrepublik ursprünglich eingeräumten Kredites von 320 Millionen Dollar liegen. Außerdem würde dann die Rückzahlung des zusätzlichen Kredites in Höhe von 120 Millionen Dollar hin- und hergeschoben werden, beginnend im Mai dieses Jahres, abtragen soll.

Erhard reist nach Amerika

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard reist im März auf Einladung des State Departments zu einer offiziellen Informationsreise in die USA. Er wird dabei von einem größeren Stab von Mitarbeitern und Sachverständigen aus der Industrie und den Gewerkschaften begleitet. Erhard will bei dieser Reise die Frage klären, welche industriellen Kapazitäten Westdeutschland für allgemeine Aufgaben der westlichen Welt zur Verfügung stellen kann und soll.

Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder wird am Samstag zu einer Sitzung zusammenrufen, auf der Bundeswirtschaftsminister Erhard seinen Plan des Zwangssparens beim Kauf von nicht lebenswichtigen Waren erläutern will. Als weitere Beratungspunkte werden Fragen der Notenbank-Politik, des Außenhandels und der künftigen Kreditregelung erörtert werden.

In 14 Tagen Statut-Revision

Deutsche Erklärungen „zufriedenstellend“

Ein Fragebogen zum Plevenplan

Kabinettsitzung in Bonn — Antwort an die Volkskammer?

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer berichtete dem Bundeskabinett über sein Gespräch mit dem sozialdemokratischen Oppositionschef Dr. Kurt Schumacher. Außerdem wurde die Resolution der Volkskammer der Ostzone beraten.

Nach den in Bonn vorliegenden Informationen soll Dr. Schumacher dem Bundeskanzler gegenüber die Ansicht vertreten haben, den Volkskammerappell genau wie den Grotwahlbrief zu behandeln und ihm nicht allzu großes Gewicht beizumessen. Die Anregung einiger CDU-Abgeordneter, zur Abgabe einer Antwort auf den Annäherungsversuch der Volkskammer eine Sonderberatung des Bundestages in Berlin anzuberaumen, dürfte nach Meinung parlamentarischer Kreise in Bonn nicht von der Mehrheit des Hauses befürwortet werden.

Was ist „Generalreserve“?

Die deutsche Plevenplandlegation wird auf der internationalen Konferenz über die Bildung einer Europa-Armee in Paris einen deutschen „Fragebogen“ zu dem von Frankreich übermittelten Memorandum vorlegen. Dieser „Fragebogen“ soll der französischen Delegation zunächst mündlich vorgetragen werden. Erst nach Klärung dieser „Vorfragen“ wird Bonn der Pariser Konferenz eigene Vorschläge unterbreiten.

Ungeklärt ist vor allem die Frage der sogenannten „Generalreserve“, die nach deutscher Auffassung in dem Memorandum Frankreich nicht erschöpfend genug behandelt worden sein soll. Diese Generalreserve besteht nach dem französischen Plan aus Sonderformationen wie Panzerabwehr, Flak und geschlossenen Panzerverbänden und soll den internationalen Divisionen beigegeben werden.

Ferner soll der in dem französischen Vorschlag genannte Begriff der „taktischen Luftwaffe“ näher erläutert und festgestellt werden, ob auch deutsche Bomber- und Jägerformationen denkbar sind. Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte vor der Presse in Bonn, der französische Vorschlag sei als Diskussionsgrundlage „durchaus akzeptabel“.

Deutschlands Verteidigungsbetrag

Pleven-Plan und Besatzungskosten

Das Bundespresidium, das schon so oft in die peinliche Lage versetzt wurde, durch Dementis seinen eigenen Kredit erschüttern zu müssen, hat dieser Tage wieder eine derartige Erklärung an die Bonner Zeitungsmänner ausgegeben. In ihr wurde behauptet, die Generale Speidel und Heusinger dächten nicht daran, von ihrem Posten zurückzutreten, weil sie die französischen Forderungen bezüglich der Aufstellung deutscher Truppen für unerfüllbar hielten. Im Gegenteil — so erklärte man in Bonn: die beiden Generale haben lediglich in Erwägung gezogen, die militärischen Besprechungen auf dem Petersberg eine Zeitlang auszusetzen, um Überschneidungen mit der Pariser Konferenz zu vermeiden, auf der bekanntlich um das gleiche Thema debattiert wird.

Auch wenn es auf der Hand liegt, daß Bundeskanzler Adenauer sehr schnell in der Lage wäre, seine militärischen Berater auszuwechseln (denn arbeitslose und ehrgeizige Generale gibt es genug), so empfinden wir doch eine gewisse Genugtuung, seit uns ein Telefongespräch die Überzeugung erbrachte, daß die Rücktrittsabsichten Speidels und Heusingers doch ernster zu werten sind als die Dementis des Bundespresidents.

Wir können es uns in der Tat auch bis heute nicht vorstellen, wie ein deutscher Staatsmann oder Offizier es über sich brächte, seine Zustimmung zu jenem Plan zu geben, der den Namen des französischen Ministerpräsidenten trägt. Obwohl dessen Grundzüge unseren Lesern längst geläufig sind, sei doch seine bedeutsamste Absicht hier rekapituliert: Der französische Plan läuft — auf die einfachste Formel gebracht — darauf hinaus, deutsche Truppen frühestens 1952 aufzustellen und diese dann auf internationale Divisionen zu verteilen, deren Kommando ein französischer General innehatte. Da die Deutschen sowohl beim operativen wie beim taktischen Einsatz der Europa-Armee nicht mitreden dürfen, ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, daß die deutschen Regimenter im Fall der Annahme des Pleven-Plans lediglich Legionäre wären, die nach den Befehlen fremder Generale zu kämpfen und zu bluten hätten, ohne auch nur die Garantie eines Einsatzes gemäß den deutschen Interessen zu haben. Die beklemmendste Vorstellung hierbei ist, jene Generale könnten zum Beispiel auf den Gedanken kommen, Deutschland lediglich als Vorfeld zu betrachten, feindlichen Vorstößen auszuweichen und erst hinter dem Rhein eine hinhaltende Verteidigung (mit deutschen Truppen) zu versuchen, bis die notwendigen überseeischen Verstärkungen eingetroffen sind. Was in solchem Falle aus Deutschland würde, kann sich jeder unserer Leser selbst ausmalen.

Aber nicht nur solche Vorstellungen belasten zur Zeit unsere Überlegungen: Dicht neben diesem Problem steht die Sorge um die künftigen Besatzungskosten, die man der deutschen Bevölkerung zumuten gedenkt. Als wir vor einiger Zeit aus vertrauenswürdiger amerikanischer Quelle erfuhren, auf dem Petersberg denke man an eine Verdoppelung der Besatzungskosten bis zur fantastischen Summe von 10,7 Milliarden DM, folgte bald hinterher das übliche Dementi. Und trotzdem hat inzwischen der stellvertretende Kommissar McCloy, Mr. Buttenwieser, bestätigt, daß diese 10,7 Milliarden vielleicht noch nicht einmal die Maximalsumme seien, sondern möglicherweise sogar mit einer weiteren Steigerung zu rechnen sei.

Der Festlegung dieser Ziffer liegt übrigens eine seltsame Rechnung zugrunde: Die Hohen Kommissare bzw. ihre Berater haben ausgeklügelt, daß die meisten Westmächte Rüstkosten in angeblicher Höhe von etwa zehn Prozent ihres Volkseinkommens aufwenden, eine Zahl, die — nebenbei bemerkt — nur von England erreicht wird, während Frankreich noch weit zurückliegt. Ihre Behauptung, im Jahre 1951/52 sei in Deutschland ein Volkseinkommen von 107 Milliarden DM anzunehmen, basiert jedoch nur auf einer oberflächlichen Schätzung. In ihr sind zum Beispiel folgende Gesichtspunkte kaum berücksichtigt: Rohstoffverknappungen und Preissteigerungen haben unsere Wirtschaft in den vergangenen Monaten bereits in beträchtliche Schwierigkeiten gedrängt, so daß in vielen wichtigen Industriezweigen Produktionsbeschränkungen zu erwarten sind. Die Absicht des Bundesfinanzministers, durch neue Steuern die Staatskassen zu füllen — was im übrigen ein recht problematischer Versuch ist, dessen Erfolg von Fachleuten bezweifelt wird — dürfte in gleicher Weise das Einkommen weiter Bevölkerungsteile schmälern. Und endlich steht der Lastenausgleich vor der Tür, der zweifellos die Finanzkraft recht vieler Bürger empfindlich reduzieren wird.

USA zu Pazifikpakt bereit

Acheson hält Stalins Drohung für bedeutungslos

Washington (UP). Der amerikanische Außenminister Acheson betonte auf einer Pressekonferenz das amerikanische Interesse an einem Pazifikpakt, dessen Verfechter zur Zeit vor allem Neuseeland und die Philippinen sind.

Die Sicherheit im pazifischen Raum sei eines der wichtigsten Probleme der US-Regierung, betonte Acheson und sprach zugleich eine an die sowjetische Adresse gerichtete indirekte Warnung vor einer Aggression in diesem Gebiet aus. „Welche Methode auch immer gefunden werden kann“, so erklärte er wörtlich, „unsere Ziele und unsere Freunde werden die gleichen bleiben, nämlich eine gesunde und sichere Entwicklung der Nationen im pazifischen Raum, frei von Furcht vor Aggression und der Bedrohung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit.“ Der von Stalin ausgesprochenen Warnung, die Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea würden besiegt, falls sie den Friedensvorschlägen der chinesischen Kommunisten nicht zustimmten, messe er keine besondere Bedeutung zu.

Die in dem italienischen Friedensvertrag vorgesehenen Beschränkungen hinsichtlich der Aufrüstung sind nach Achesons Ansicht kein Hinderungsgrund für eine Beteiligung Italiens an den Vorbereitungen der Atlantikpaktverteilungsmaßnahmen.

Jugoslawischer Besuch in London

Auf Einladung des britischen Parlaments

London (UP). Das Mitglied des jugoslawischen Politbüros Mosche Pijade hat eine Einladung des britischen Parlaments zum Besuch Großbritanniens angenommen. Er wird sich an der Spitze einer jugoslawischen Parlamentarierdelegation vom 18. bis zum 17.

März in Großbritannien aufhalten. Mosche Pijade gilt als der führende Jurist der jugoslawischen kommunistischen Partei. Unter seiner Verantwortung wird das neue jugoslawische Strafgesetzbuch zusammengestellt, das im März vom Parlament beraten werden soll.

Kein Kontakt mit Spanien

Der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Ernest Davies, erklärte vor dem Unterhaus, daß die britische Regierung ihre Haltung gegenüber Spanien nicht geändert habe und auch weiterhin eine Aufnahme Spaniens in den Atlantikpakt ablehne. In Beantwortung von Anfragen eines konservativen und eines Labourabgeordneten betonte Davies, die britische Regierung vertrete die Ansicht, daß die Aufnahme Spaniens in die atlantische Verteidigungsorganisation die Zusammenarbeit der demokratischen Staaten gegen den sowjetischen Expansionismus nicht stärken würde.

Neutrale wurden ermahnt

Keine Rüstungsgüter an den Ostblock

Stockholm (UP). Die amerikanische, britische und französische Regierung haben gemeinsam Schweden eingeladen, an einer Reihe von Konferenzen teilzunehmen, die Anfang März in Washington beginnen. Ziel dieser Besprechungen ist die Verteilung knapper Rohstoffe und Wirtschaftsgüter mit strategischem Wert.

In diesem Zusammenhang gewinnen die Berichte aus Washington an Bedeutung, wonach die USA die Schweiz und Schweden aufgefordert haben sollen, die Lieferung strategisch wichtiger Güter nach den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang einzustellen.

Die Kommunisten graben sich ein

UN-Vorstoß über den Hanfuß gescheitert — Wo ist Mao Tse Tung?

Tokio (UP). Auf der ganzen bisher in Bewegung gehaltenen Mittelfront von der Stadt Jongsyong am Nordufer des Hanfußes bis nach Pjongchang im Osten des Einbruchsrums von Wonschu trafen die vordringenden Streitkräfte der Vereinten Nationen am Mittwoch auf kommunistische Verbände, die versuchten, sich in Feldstellungen einzugraben.

Die chinesischen und nordkoreanischen Streitkräfte sind offenbar bemüht, eine Verteidigungslinie vom Westen bis nach Mittelkorea hinein aufzubauen, hinter der sich die Bereitstellung der kommunistischen Streitkräfte für einen neuen Angriff auf die Stellungen der UN-Truppen vollziehen kann. Hierfür sprechen die Meldungen alliierter Piloten, die berichten, daß sich die größte Anzahl kommunistischer Panzer seit dem vergangenen Dezember auf den Straßen hinter der Front bewegt.

Im Westabschnitt der koreanischen Front setzten die kommunistischen Verteidiger den vordringenden UN-Truppen an allen Stellen erbitterten Widerstand entgegen. Zwei Übersetzversuche amerikanischer und südkoreanischer Einheiten über den Hanfuß oberhalb Seouls brachen im Abwehrfeuer der Kommunisten zusammen. Offiziere der UN-Truppen berichten, daß sie noch niemals ein so heftiges und gutlegendes Granatwerferfeuer in Korea erlebt hätten.

Mit großem Interesse wird in Tokio die Frage erörtert, wo sich Mao Tse Tung zur Zeit befindet. Während die einen ihn in Moskau vermuten, neigen andere zur Ansicht, sein Herzleiden habe sich verschlimmert. Tatsache ist jedenfalls, daß Mao Tse Tung bei mehreren wichtigen Ereignissen in Peking nicht in Erscheinung trat. Er fehlte beim Empfang des Sowjetbotschafters am Jahrestag des russisch-chinesischen Freundschaftspaktes und er nahm auch nicht an der kürzlichen Sitzung der Parteifunktionäre teil. Wie die rotchinesische Nachrichtenagentur „Neues China“ meldet, ist jetzt der Staatrat in Peking zusammengetreten, um neue Strafmaßnahmen gegen „antirevolutionäre Aktivitäten“ zu verfügen. Bei der Aufzählung der anwesenden Mitglieder wurde der Name Mao Tse Tung nicht erwähnt.

Sabotage an Waffentransporten

Houston, Texas (UP). Der republikanische Senator James Duff gab die sensationelle Erklärung ab, die Sowjetunion habe bereits damit begonnen, mit Hilfe „verräterischer Amerikaner“ die Rüstungsproduktion der Vereinigten Staaten zu sabotieren. So seien gegen den ersten Transport neuer Panzer nach Korea Sabotageakte begangen worden. In den Motoren dieser Panzer habe man Sand gefunden, mit dessen Hilfe sie unbrauchbar gemacht werden sollten.

Duff betonte, er zähle dieses Beispiel nur auf, um zu beweisen, daß Stalin seine Drohung wahr zu machen scheine, in den Vereinigten Staaten Unordnung herbeizuführen. Stalin habe angedeutet, daß er auch in hohe Regierungskreise Anhänger Moskaus hineinbringen werde. Dies sei ihm gelungen. Er habe erklärt, er werde die militärischen Geheimnisse der USA erfahren, und auch dies sei eingetroffen.

Bürgerkrieg in Süddelhi

Neu Delhi (UP). Von einem Wiederaufleben der kommunistischen Aktivität in den Gebieten entlang der indisch-burmesischen und indisch-chinesischen Grenze berichtete der indische Außenminister Rajagopalachariar im Parlament von Neu Delhi.

In Beantwortung mehrerer Fragen erklärte er, daß in diesen Gebieten zahlreiche Regierungsbeamte durch Kommunisten ermordet worden seien. Dörfer, die eine Unterstützung der roten „Terroristen“ ablehnten, würden kurzerhand niedergebrannt. In der Provinz Assam und in der Provinz Manipur habe die Polizei unlängst kommunistische

Norwegen stellt 270 000 Mann auf

Verstärkung der See- und Luftstreitkräfte

Oslo (UP). Die Stärke der norwegischen Streitkräfte soll bis Mitte 1952 auf 270 000 Mann erhöht werden, gab der norwegische Verteidigungsminister Hauge im Parlament bekannt. Diese Zahl bedeutet eine Verstärkung um 30 Prozent über den gegenwärtigen Stand hinaus. Hauge erklärte dazu, die Regierung habe die Absicht, im laufenden Haushaltsjahr — bis zum 30. Juni 1951 — 450 Millionen Kronen für die Verteidigung auszugeben, und die Militärausgaben im Haushaltsjahr 1951/52 auf 650 bis 700 Millionen Kronen zu steigern. In den letzten Jahren wurden durchschnittlich je 350 Millionen Kronen für Verteidigungszwecke ausgegeben.

Nach der Ankündigung des Verteidigungsministers soll Norwegen bis Ende 1952 über eine Armee von etwa vier Divisionen verfügen. Die Luftstreitkräfte werden auf elf Gruppen verstärkt. Das Programm für den Ausbau der Marine ist noch nicht fertig, doch steht schon fest, daß Norwegen von den USA zehn Schnellboote, drei Minenleger und Maschinen für fünf Minensuchboote erhalten wird.

Volksentscheid in Kaschmir

Ein Vorschlag der USA und Englands

Lake Success (UP). Die Vereinten Staaten und Großbritannien legen den Vereinten Nationen eine Resolution vor, wonach der seit drei Jahren andauernde Streitfall zwischen Indien und Pakistan über das Grenzland Kaschmir durch einen freien unparteilichen Volksentscheid herbeigeführt werden soll. In der Resolution wird vorgeschlagen, der Sicherheitsrat möge einen Vertreter der Vereinten Nationen bestimmen, der die Entmilitarisierung des Landes vor dem Referendum überwachen soll.

Von Virginia bis Neuseeland

Studenten und Hafenarbeiter streiken

(ZSH). Der Streik der 13 000 Bremer Metallarbeiter wurde am Mittwoch nach achtstägiger Dauer beendet.

Auch der neunstägige wilde Streik von Hafenarbeitern und Schauerleuten in fünf schwedischen Häfen wurde beendet. Nach vorläufigen Schätzungen wird der durch ihren Ausstand entstandene Schaden auf 3 Millionen Schwedenkronen beziffert.

In Fairmont, im amerikanischen Staat Westvirginia erzwangen streikende Arbeiter die Schließung fast aller Kohlengruben des Bezirks. Zur Zeit streikten dort etwa 22 000 Kampfer.

Die französischen Studenten drohten mit einem Generalstreik, um damit gegen eine Regierungsvorlage, die eine Bescheidung der Sozialversicherungsunterstützungen für Studenten vorsieht, zu protestieren.

Der neuseeländische Ministerpräsident Sidney Holland proklamierte den nationalen Notstand, um den sich über das ganze Land ausbreitenden Hafenarbeiterstreik zu beenden. Der Notstand gibt der Regierung beinahe unbeschränkte Vollmachten, um Arbeiter zum Dienst zu verpflichten, Material zu beschlagnahmen und den Verkehr zu kontrollieren. Die Hafenarbeiter Neuseelands streikten als Protest gegen Überstunden.

Versäuerung in Englands Häfen

Fast 20 000 Hafenarbeiter traten am Dienstag in englischen und schottischen Häfen in den Streik und brachten damit die Abfertigung von 175 Schiffen zum Erliegen, die zum Teil mit wichtigen Exportgütern oder Rohstoffen für die britische Rüstungsindustrie beladen sind. Die Streikenden protestieren dagegen, daß die Regierung sieben Männer vor Gericht gestellt hat, die angeklagt sind, in der vergangenen Woche illegale Streiks in den britischen Häfen angeregt zu haben.

Die Stilllegung der englischen Häfen fällt zeitlich mit den immer weiter um sich greifenden Arbeitsniederlegungen bei den verstaatlichten britischen Bahnen zusammen, deren 463 000 Arbeiter und Angestellte Lohn-erhöhungen verlangen, die über die Zulage von fünf Prozent hinausgehen, die ein Untersuchungsausschuß vorgeschlagen hatte.

Italiens Luftfahrt gelähmt

Aus Protest gegen die Entlassung von mehreren hundert Arbeitern traten sämtliche Angestellte und Arbeiter der drei italienischen Luftfahrtgesellschaften in Mailand und auf der Insel Sardinien in den Ausstand. Alle Flüge nach Sardinien und von Mailand nach anderen europäischen und italienischen Städten mußten wegen des Streikes abgesagt werden.

Wetterkatastrophen in aller Welt

(ZSH). Die Themas, die infolge wochenlangen Regens Hochwasser führt, ist an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten. In Berkshire hat sich ein See von einigen Quadratkilometern Umfang gebildet, auch in der Grafschaft Surrey ist die Themas bei Walton über die Ufer getreten. Bis jetzt sind insgesamt neun Grafschaften in England durch Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden. In Nordschottland werden die Straßen durch schwere Schneefälle blockiert.

Mehrere Wolkenbrüche, die über Venezuela niedergingen, haben nach einer amtlichen Verlautbarung in den Küstengebieten Überschwemmungen und Erdbeben verursacht. Nach bisherigen Ermittlungen sind drei Personen ums Leben gekommen. Die Schäden an Häusern, Straßen und in der Landwirtschaft entlang der Karibischen See sind hoch.

Drei Lawinen unterbrachen in Italien die Hauptverkehrsstraße am Nordufer des Gardasees und schnitten mehrere Dörfer von der Außenwelt ab.

Eine sechs Tage dauernde Kälteperiode, die in den ersten Tagen des Februar aus Kanada kommend Mexiko heimgaht, hat Ernteschäden im Werte von ungefähr 23 Millionen Dollar verursacht. Die Landwirtschaft Mexikos wurde noch niemals von einer solchen Katastrophe betroffen.

In Japan wurde die Hoffnung aufgegeben, daß die 301 japanischen Seeleute, die seit dem in der vergangenen Woche in der Gegend von Honshu toben den Orkan vermißt werden, noch gerettet werden können. Der Orkan war der schlimmste in dieser Gegend seit 15 Jahren.

Wenn demzufolge angenommen werden muß, daß die erwähnte Schätzung von 107 Milliarden DM sicher nicht erreicht werden dürfte, soll andererseits auch nicht vergessen werden, daß unser Staat infolge der Kriegsschäden und Nachkriegsnöte Soziallasten zu tragen hat, die ohnedies kaum aufgebracht werden können. Unser gesamter Sozialhaushalt würde also über den Haufen geworfen werden, wenn wir rund das Doppelte der bisherigen Besatzungskosten an die Alliierten abzuführen hätten. Kürzungen der Sozialleistungen wären unvermeidbar und die Folgen für die Ärmsten der Armen unter unseren Mitbürgern geradezu grauhaft.

Und noch eine Anmerkung ist nötig: Deutschlands Verteidigungsbeitrag soll sich doch lediglich auf Europa beschränken. England, die USA und Frankreich aber, denen die Rohstoffe und Märkte eines großen Teils der Welt zur Verfügung stehen, haben auch Verantwortung, zum Schutze ihrer Imperien, ihrer Kolonien und sonstigen Interessengebiete erhebliche Machtmittel zu investieren. Unter Frankreichs „Verteidigungsbeitrag“ rängieren zum Beispiel auch die Aufwendungen für seine Truppen in Nordafrika und auf Madagaskar vor allem aber sein kostspieliger Krieg in Indochina, der allein über die Hälfte des Budgets verschlingt. Die Rüstungskosten der drei westlichen Großmächte und schließlich auch Hollands und Belgiens werden also durch Faktoren erhöht, die in Deutschland bedeutungslos sind.

Schließlich muß auch der Umstand erwähnt werden, daß die deutschen Soldaten von anderen Staaten bewaffnet und ausgerüstet werden sollen, wofür wir natürlich die Kosten zu tragen haben. Mit anderen Worten: Deutschland hat zu einem guten Teil die Lieferungs- aufträge für fremde Rüstungsfabriken zu bezahlen, woraus die betreffenden Länder nicht nur direkte Gewinne ziehen, sondern auch Vorteile zur Entlastung ihres Arbeitsmarktes ziehen werden — indes wir in Deutschland bereits über zwei Millionen Arbeitslose zählen und nicht wissen, ob sich deren Lage nicht noch mehr verschlimmern wird. Nach Dr. Adenauers Erklärung ist andererseits bisher jede deutsche Auftragskonjunktur infolge der Rüstungen der anderen ausgeblieben.

Als Schlußgedanke dieser Betrachtung bleibt also nur die Hoffnung, daß man in Bonn einmal zur rechten Zeit und bei der rechten Gelegenheit sagen möge: So geht es nicht!

Deutsche Offiziere freigesprochen

Keine Beweise für Kriegsverbrechen

Paris (UP). Ein aus sechs französischen Generalen bestehendes Militärtribunal sprach den früheren General der deutschen Wehrmacht, Fritz Rossmuth, den Obersten Erich Berndt und den Polizeikommissar Paul Frager von der Anklage wegen Kriegsverbrechen frei. Auch der frühere SS-General von Bassewitz, der bei dem Prozeß nicht anwesend war, wurde freigesprochen. Dagegen verurteilte das Tribunal in Abwesenheit des Angeklagten den deutschen Polizeioffizier Mann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Rossmuth war beschuldigt worden, für die Exekution französischer Gefangener verantwortlich zu sein, die aus dem von ihm befehligten Gefangenenlager Löbeck ausgebrochen waren. Rossmuth erklärte, er habe die Flüchtlinge gemäß einer Verordnung Himmlers der Gestapo übergeben, die die Exekution außerhalb seines Befehlsbereichs durchführte.

Tumult im Erüsseler Parlament

Umstrittene Verlängerung der Militärdienstzeit

Brüssel (UP). Im belgischen Parlament kam es zu tumultuariosen Zwischenfällen, als Außenminister van Zeeland die Verlängerung der Militärdienstpflicht von einem auf zwei Jahre veranlaßt. Der Aufruf begann, als Rufe „laßt uns hören, was Joseph (Ministerpräsident Joseph Pholien) zu sagen hat“ von anderen Abgeordneten mit den Worten beantwortet wurden: „Er fürchtet sich“. In wenigen Sekunden schrien alle Abgeordneten durcheinander, so daß van Zeeland nicht weiter sprechen konnte.

Die Sozialisten und Liberalen sind gegen eine Erhöhung der Militärdienstzeit, weil sie der Ansicht sind, daß die zusätzlichen Truppen für die atlantische Streitfront General Dwight D. Eisenhowers durch Ablösung von ungefähr 9000 Offizieren und Mannschaften, die zurzeit in Büros tätig sind, und durch die Ersetzung mit weiblichen Schreibkräften, sowie durch allgemeine Umorganisation der Armee, gewonnen werden können.

Die christlich-sozialistische Regierung vertritt dagegen den Standpunkt, daß die einzige Möglichkeit, um die Landstreitkräfte Belgiens von 70 000 auf 93 000 Mann zu erhöhen, damit das Land seinen Verpflichtungen auf Grund des Atlantikpaktes nachkommen kann, in einer Verlängerung der Militärdienstzeit besteht.

Vier Stunden und vierzig Minuten

Neuer Flugrekord über den Nordatlantik

Gander (Neufundland) (UP). Ein zweimotoriger britischer Düsenbomber vom Typ „Canberra“ hat am Mittwoch den Nordatlantik in Rekordzeit überflogen. Die Maschine war um 13.43 Uhr MEZ in Aldergrove in Nordirland gestartet und landete 18.23 Uhr MEZ in Neufundland. Die Flugzeit betrug also 4 Stunden und 40 Minuten, die Durchschnittsgeschwindigkeit auf der 2398 Kilometer langen Strecke 704,7 Kilometer in der Stunde. Bisheriger Rekordhalter ist eine amerikanische „Constellation“ mit sechs Stunden und 40 Minuten.

Die höchste Durchschnittsgeschwindigkeit bei einer Atlantiküberquerung von West nach Ost erzielte kürzlich der Amerikaner Charles Blair auf einer „frisierten“ Mustang mit 722,5 km/h. Blair wurde allerdings durch Rückenwinde von 150 bis 200 km/h begünstigt. Er beflog die Strecke New York—London.

Aus der Stadt Ettlingen

Wenn die Putzfrau stirbt...

Der Tod ist ein unheimlicher Geselle, so respektlos, daß er sich nicht einmal um amtliche Verordnungen kümmert. Eine solche Verordnung befahl nämlich, daß zur Einsparung von Personal in keiner Behörde einer bestimmten Verwaltung Neueinstellungen vorgenommen werden dürften.

Trotzdem starb eine Putzfrau. Wer sollte nun in Zukunft die Flure fegen und die Akten abstauben? Niemand. Das Justizministerium wollte es so und dem vom Tod besagter Putzfrau betroffenen Landgerichtspräsidenten war es recht. Lakonisch und mit beachtlichem Mut vor Königsthronen schrieb er an seine vorgesetzte Behörde, daß er selbst keinen Scheuerlappen in die Hand zu nehmen gedenke; wenn das Ministerium jedoch einverstanden sei, werde er jeden seiner Richter täglich zwei Stunden lang die Böden bohren lassen.

Was niemand, nicht einmal der Landgerichtspräsident, erwartet hatte, geschah. Das Justizministerium erteilte nach vierwöchiger Prüfung der Dringlichkeit des Falles eine — ausdrücklich als solche betonte — Ausnahme-genehmigung: es durfte eine neue Putzfrau eingestellt werden.

Bunter Abend

„Herr Fröhlich und Herr Schön“

Jetzt wird es Zeit, sich für diesen heiteren Abend im Zigarrenhaus Störner Eintrittskarten zu stark ermäßigten Preisen zu besorgen. Jeder möchte einmal diese beliebten Rundfunkkanonen persönlich erleben und sich an ihren zwerchfellerschütternden Spässen erfreuen. Auch die schöne Filmschauspielerin Dorit Kreysler stellt sich zum ersten Mal in Ettlingen vor. Alle Kinofreunde kennen sie aus den Filmen „Artistenblut“, „Die Fledermaus“ und „Wiener Blut“. Außer diesen Stars wird Ihnen am Montag, 26. Febr., abends 20 Uhr in der Ettlinger Stadthalle von weithin bekannten Künstlern des Brett und verschiedener Sender ein erstklassiges Rahmenprogramm geboten.

Die Selbstverwaltungsschule

beginnt einen neuen Kurs am Montag, den 26. Febr., mit einem Abendvortrag von Dr. Hagen. Bei dem 5-tägigen Lehrgang ist mit starker Teilnahme aus dem ganzen Land zu rechnen, da durch die Wahlen vom 28. Jan. viele neue Mitglieder in die Gemeindeparlamente eingetrickt sind. Für diese sind die Ettlinger Selbstverwaltungskurse von besonderem Wert.

Eskimofilm im Jugendheim

Heute abend 20 Uhr wird im Jugendheim der Eskimofilm „Nanuk“ kostenlos vorgeführt. Die Ausleihe der Jugendbücherei ist täglich nachmittags und abends geöffnet. Für einen Anfänger-Schachkurs werden Anmeldungen entgegengenommen.

Der Jugendring Ettlingen lädt die Vertreter aller Verbände zu einer Sitzung am Freitagabend 20 Uhr im Jugendheim ein.

Das Puppenspiel vom Dr. Faust

zeigen die Hohnsteiner in einer Sondervorstellung für die Eltern am Montag, 26. Febr., abends 20 Uhr in der Aula. Nachmittags findet eine Vorstellung für Oberklassen statt, denen im Unterricht die Bedeutung dieses alten Volksstücks erklärt wird. Die Unterklassen des Realgymnasiums sehen am Dienstagvormittag den „Freischütz“.

Akazie umgerissen

In den Abendstunden des Mittwochs geriet ein mit Pferden bespanntes Langholzfuhrwerk in der Luisenstraße auf den Gehweg und riß dabei eine Akazie um. Der Unfall entstand vermutlich durch zu schnelles Fahren des Gespanns.

Beim Rangieren tödlich verunglückt

Heute vormittag kurz nach 10 Uhr ist ein 50-jähriger Arbeiter der Altbahn beim Rangieren eines Arbeiterzuges in Busenbach tödlich verunglückt.

Mit dem Leben davongekommen

Helmut Jauch, der bei dem Verkehrsunfall in der Nacht vom Samstag zum Sonntag in der Nähe des Hauptbahnhofs schwer verletzt wurde, während seine zwei Begleiter tödlich verunglückten, schwebt nicht mehr in Lebensgefahr. Jauch trug wohl sehr schwere Verletzungen davon, befindet sich aber nun im Zustand der Besserung.

Die E3 gratuliert

Altrentner Karl Mackert, Pappelweg 7, vollendet am 23. Februar sein 75. Lebensjahr.

Vereins-Nachrichten

Verein der Hundefreunde

Der Verein der Hundefreunde ist auf Samstag, 24. Febr., vom Club der Windhundliebhaber zu der im „Darmstädter Hof“ stattfindenden Filmvortrag eingeladen. Im Film werden verschiedene Ausstellungen und das Windhundrennen in Rüppurr gezeigt. Wir bitten um rege Teilnahme an der Veranstaltung.

Auf Grund von Anfragen teilt die Geschäftsstelle mit, daß erst am Samstag, 3. März, die Versammlung des Vereins stattfindet, bei der ein Referat über Hundezucht gehalten wird. Auch hierzu wird um regen Besuch gebeten.

Die Schule lehrt Gemeinschaftskunde

Dozent Dr. Kamm sprach im Bezirkslehrerverband Ettlingen über das neue Fach

Es war ein lobenswerter Entschluß des Bezirkslehrerverbandes Ettlingen, den Dozenten für Sozialkunde an den LBA Karlsruhe, Dr. Kamm, zu einem Kursus über die Methodik des Gemeinschaftskundeunterrichts zu verpflichten, der an drei Nachmittagen der vergangenen Woche in Ettlingen stattfand.

Gemeinschaftskunde ist, obwohl entfernt mit der einstigen Staatsbürgerkunde vergleichbar, ein Unterrichtsfach, das der Lehrplanentwurf für die Volksschulen Württemberg-Badens vom September 1950 in das Gefüge des Unterrichts vom 5. Schuljahr an aufgenommen hat. Es soll die notwendigen Kenntnisse und Einsichten für das Leben in den verschiedenen Formen der Gemeinschaft und die rechte Art des Zusammenlebens mit anderen vermitteln. Vom Lehrer verlangt seine Darbietung eine gründliche Kenntnis der sozialkundlichen Verhältnisse, eine wissenschaftliche und methodische Ausbildung für eines der wichtigsten Gebiete unserer Zeit.

Der Einzelne und die Gemeinschaft

Viele Lehrer aus Ettlingen und dem Albau nahmen daher an dem Kursus teil, den der Vortragende damit begann, daß er zunächst die Stellung der Sozialwissenschaften in Lehre und Leben erläuterte und sodann an Hand eines historischen Überblicks zeigte, welche Bedeutung die Sozialkunde nach einer Periode der größten gesellschaftlichen Umwälzungen hat. Trotz vieler und durchaus anerkennenswerter gesetzgeberischer Versuche erschöpft der Staat allein nicht mehr die Fülle der sozialen Aufgaben. Auch die Mithilfe caritativer Verbände kann keine Hilfe bringen, solange nicht Mündigkeit, kritisches Denken und verantwortliches Handeln des Einzelmenschen diese Bemühungen nachdrücklich unterstützen und damit vermeiden, daß sich die verhängnisvolle Kluft zwischen zwei sich unversöhnlich gegenüberstehenden Welten immer mehr vertieft.

Die Aufgabe des Lehrers — und damit ging Dr. Kamm auf die schulische Seite des Problems ein — besteht daher im klaren Erkennen der vielen sozialen Krankheitsherde, an denen unsere Welt leidet. Die beschaulichen Zeiten sind längst dahin, wo sich der Lehrer mit einem gut durchgepackten Unterrichtsstoff das Gefühl der gewissenhaft erfüllten Pflicht verdienen konnte. Die eigene sittliche Entscheidung steht heute am Beginn der pädagogischen und vor allem der sozialkundlichen Arbeit. Unterrichtsstoff für die Gemeinschaftskunde bietet sich zwar aus allen Fächern dar, aber die Kunst des Lehrers besteht darin, die aus ihnen gewonnenen sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse für die Schüler altersstufengemäß und sachgerecht umzugestalten. An die Arbeitskraft und die persönliche Weiterbildung stellt die Stoffsammlung und methodische Auswertung neue

große Anforderungen, und man war dem Redner dankbar für den Hinweis, daß diese Vergrößerung des Aufgabenbereiches auch eine angemessene materielle Anerkennung bedinge. — Ohne seichtes Moralisieren müssen die Ideale vom lebbareren Leben, von Freiheit, Selbstverwaltung, Menschenglück und Toleranz den reinen Lehrstoff durchdringen. Die Würdigung der großen Lehrer der Sozialwissenschaften und Hinweise auf die einschlägige Fachliteratur beschlossen den ersten Nachmittagskurs, der somit den wissenschaftlichen Voraussetzungen gewidmet war.

Soziales Vorbild sein

Der methodischen Auswertung galt der zweite Nachmittag. — Von der besorgniserregenden Spannung zwischen technischer und sozialer Entwicklung ging Dr. Kamm auf die erzieherischen Gegenwirkungen über und gliederte dann sehr klar die daraus entspringenden Kreise von Unterrichtsthemen: Das Bekanntmachen des Schülers mit der Abhängigkeit vom täglichen Leben, mit der natürlichen Gemeinschaft und Zweckverbänden sowie mit dem Verhältnis zu den verschiedenen unverbindlichen Gemeinschaftsformen. Ein Abriss methodischer Themen vom Individuum über die Familie und die bürgerlichen Gesellschaftsformen bis zur Einordnung in die Menschheit war eine besondere wertvolle Mitgift für die Arbeit in der Schule.

Interessant war auch der Hinweis auf die sozialerzieherische Rolle des vernünftig betriebenen Sports, der durchaus geeignet ist, Ritterlichkeit und Rücksicht auf den Schwächeren zu unverlierbaren Lebensprinzipien zu machen. Mit der ersten Mahnung, nicht nur Einsichten und Erkenntnisse zu vermitteln, sondern selbst soziales Vorbild zu sein, erhob der Vortragende seine Ausführungen weit über den Bereich der schulpraktischen Begrenzung zu einem ethischen Postulat. In feinen und behutsamen Sätzen wurde an das Religiöse und Metaphysische erinnert, das auch beim nüchternsten Stoff unverrückbarer Leitgedanke bleiben muß, niemals breit erwähnt, sondern stets nur spürbar bleibend.

Mit einer gut gelungenen und eindrucksvollen Lehrprobe am dritten Nachmittag erwarb sich der Dozent besondere Dankbarkeit. Die lebhafteste Teilnahme an diesem Umwandlungsprozess wissenschaftlicher Erfahrungen in die methodische Praxis und die Fragen und Wünsche der anschließenden Diskussion aber bewies, daß nicht nur die selbstverständliche Weiterbildung, sondern auch das Gefühl erzieherischer Verantwortung jeden der Teilnehmer bewegte. So war der Kursus zweifellos ein verheißungsvoller Auftakt zu einer Arbeit, die ihr Ziel darin erblickt, das Verstehen der Menschen zu fördern und zu sittlichen Selbstverständlichkeiten zurückzuführen, die drohen, in den Stürmen der Zeit unterzugehen.

Badische Wünsche energisch vertreten

MdL Dr. Werber sprach zur CDU Ettlingen

Die Mitglieder der CDU trafen sich gestern abend zu einer Versammlung im Gasthaus zum „Hirsch“. Gemeinderat Geisert eröffnete die Versammlung und berichtete dann über den fairen Wahlkampf und über den Verlauf der letzten Gemeinderatswahl. Gemeinderat Becker gab Aufschluß über die Wahlanfechtung. Er setzte sich dafür ein, daß man in Ettlingen die „Junge Union“ wieder gründen solle. Diesem Vorschlag stimmte auch Gemeinderat Geisert zu. Er fügte noch hinzu, es sei besonders erfreulich, daß die Jugend in letzter Zeit mehr mitarbeite.

Dann sprach MdL Dr. Werber, der gerade von einer Sitzung in Stuttgart zurückkam, über die Politik in Württemberg-Baden seit der Wahl des neuen Landtags. Er bemängelte zunächst das schlechte Wahlergebnis, das nur dadurch zustande kam, daß viele Wähler daheim blieben. Der Ausgang dieser Wahlen habe die CDU dazu bestimmt, in die Opposition zu gehen. Man habe das nicht aus Verstimmung getan, sondern man habe diesen Schritt sehr wohl überlegt. Die anderen Parteien wären damit einverstanden gewesen, wenn sich die CDU an der Regierung beteiligen hätte. Man hätte ihr aber wahrscheinlich nur einen Ministerposten zugebilligt. Unter diesen Umständen hätte die CDU in der Regierung nur wenig zu sagen gehabt. Die Verantwortung wäre ihr aber in gleicher Weise zugefallen wie jeder anderen Partei.

Das einzige Land der Bundesrepublik, das noch über einen Ministerpräsidenten aus den Reihen der DVP verfügt, ist Württemberg-Baden, erklärte Dr. Werber. Darum versuche die DVP alles, sich diesen Posten zu erhalten und dabei der SPD jede Konzeption zu machen. Ministerpräsident Maier sei dadurch restlos der Sozialdemokratie ausgeliefert. Wenn eine Partei wie die CDU, die an und für sich eine aufbauende Partei sei, in die Opposition gehe, dann sei sie sich über diesen Schritt klar. Man wüßte bereits vorher, daß die „freimaurerische Politik mit anders gesinnten schiffenlosen würde“. Darüber habe die rücksichtslose Personalpolitik der Stuttgarter Regierung keinen Zweifel gelassen. Diese Regierung will für die kurze Zeit, in der sie noch besteht, recht viele Trümpfe in die Hand bekommen.

Als größte Aufgabe unseres Landes müßte an erster Stelle dieses Rechnungsjahres die Förderung des sozialen Wohnungsbaus stehen. Vor allen Dingen sei das auch ein Anliegen aller Bevölkerungskreise. Jetzt sähen sich aber jene betrogen, die einmal an die Propaganda eines finanzstarken Württemberg-Badens glaubten. Finanzminister Dr. Frank habe erklärt, das Rechnungsjahr 1951 bringe 250 Millionen Mark Defizit. Wie könne es möglich sein, so fragte Dr. Werber, daß Württemberg-Baden in solch kurzer Zeit von

einem Finanzstarken zu einem finanzschwachen Land herabsinke?

Der Bund steuere zum sozialen Wohnungsbau 17 Millionen DM bei. Außerdem fließen aus Soforthilfe 8 Millionen zu. Nun habe die CDU noch weitere 40 Millionen aus Landesmitteln beantragt. Diesen Antrag lehnte man jedoch ab und genehmigte nur 15 Millionen Mark. Das ist weniger als die kleineren Länder Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern für diesen Zweck aufbringen. Mit dem genehmigten Betrag könne man etwa nur ein Drittel dessen von 1950 erbauen, weil man steckengebliebene Bauten weiterfinanzieren müsse und weil sich die Baukosten erhöhten. Damit habe man eine Steigerung der Wohnungnot erreicht.

Schon vor einiger Zeit habe man die Einrichtung der alten Eisenbahndirektion vorgeschlagen. Es könne nicht angehen, daß Karlsruhe über Bahnhöfe im Allgäu bestimme, während die Stuttgarter Eisenbahndirektion dem Karlsruher Hauptbahnhof vorstehe. Baden sei ein Fremdenverkehrsland, für das die Nord-Süd-Verbindung notwendig ist. Man habe in Stuttgart diesem Antrag schließlich bei vier Stimmhaltungen zugestimmt. Nun muß der Bund endgültig darüber entscheiden.

MdL Dr. Werber gab dann noch einige Beispiele der Stuttgarter Politik, die man nur durch scharfes Dazwischenreten von ihrem Kurs abbringen könne. So wolle man beispielsweise in Stuttgart ein eigenes Patentamt errichten und forderte die umliegenden Länder, darunter auch Südbaden auf, ihre Patente dort anmelden zu lassen. Wohlbehielt einem gemeinsamen Patentamt zu, aber nicht in Stuttgart, sondern in Mannheim. Er teilte der Stuttgarter Regierung mit, daß er in einem andern Fall lieber nach Frankfurt gehe. Er setze schließlich auch seinen Willen durch. Nun stehe die Frage noch offen, so fuhr Dr. Werber fort, ob man das Landesversorgungsamt in Karlsruhe errichte. Man könne allerdings erreichen, wenn man sich auf die Hinterbeine stelle. Das wolle er ganz besonders Freiburg sagen, das seinen Standpunkt bewahren sollte, damit nütze man auch der Bevölkerung in Nordbaden.

Zum Schluß sagte Dr. Werber, daß die CDU glücklich wäre, in der Opposition zu sein. Dadurch könne sie unbehindert aller Koalitionsverpflichtungen arbeiten. Er wolle mit seinen Ausführungen zeigen, wie notwendig für eine christliche Bevölkerung die Beteiligung an der Politik sei. Man dürfe sich nicht dahinter lassen und hinter Interessiertheit verschleiern. Ganze Generationen haben nach Grundsätzen der Kirche glücklich gelebt, deshalb sollten auch wir das Christentum nicht vergessen und unsere Kinder in diesem Sinn erziehen.

Gemeinderat Geisert dankte Dr. Werber für sein Referat und berichtete, daß er vor kurzem einen Blick in den Landtag nehmen konnte und die Initiative der CDU dort bestätigt fand. In der Diskussion, bei der die Gemeinderäte Göser, Becker und Geisert sowie MdL Dr. Werber Fragen beantworteten, wurde hauptsächlich über Gemeindepolitik gesprochen und dabei die Arbeit des alten wie auch des neuen Gemeinderats eingehend besprochen. Dabei erinnerte Gemeinderat Geisert an ein Wort von Bürgermeister Rimmelpacher: „Auf dem Rathaus werden keine Rechte, sondern Pflichten verteilt.“ An dieses Wort wolle sich die CDU erinnern bei der kommenden Arbeit des neuen Gemeinderats.



Heute abend 20 Uhr in der Aula des Realgymnasiums Prof. Dr. Fedor Stepun Universität München

Tolstoi-Abend

Musikalische Umrahmung: Udo Dammert, Pianist Eintritt frei.

Eine Bitte an alle Heimkehrer

Gib Auskunft über Vermißte!

Neue Suchaktion des Deutschen Roten Kreuzes

Eine der größten derzeitigen Aufgaben des Deutschen Roten Kreuzes ist der Suchdienst. Unmittelbar nach Kriegsende ins Leben gerufen, hat der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, unterstützt von kirchlichen Wohlfahrtsverbänden, eine große Zahl getrennter Menschen wieder zusammengeführt.

Besonders schwierig war jedoch von Anfang an die Nachforschung nach dem Schicksal unserer Kriegsgefangenen und Vermißten im Osten. Da von den Ostmächten namentlich Auskünfte über Kriegsgefangene und in Gefangenschaft Verstorbene nicht erlangt werden konnten, blieb nur die eine Möglichkeit, die Heimkehrer nach dem Schicksal der Kriegsgefangenen und Vermißten zu befragen, um den Angehörigen eine sichere Nachricht geben zu können. Seit Jahren tragen diese Familien eine schwere seelische Belastung. In ihren Herzen will die Hoffnung nicht schweigen, daß der Vermißte noch am Leben sei und doch eines Tages heimkehren könnte.

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat sich der Nachforschung nach Vermißten mit besonderem Nachdruck angenommen, fast alle Heimkehrer sind vom Roten Kreuz befragt worden und haben eine Auskunft über den Verbleib eines Kameraden geben können, so daß die Angehörigen vollständig werden konnten.

Mehrere europäische Nationen haben sich außerdem an das Deutsche Rote Kreuz mit der Bitte gewendet, auch ihre Vermißten in die Nachforschung einzubeziehen. Da wir diese Hoffnung nach Möglichkeit erfüllen wollen, ist der Suchdienst immer wieder auf die Mithilfe der Heimkehrer angewiesen, die nun einmal die einzige Quelle für die Auskunft über die Vermißten im Osten sind.

Vermißten-Liste für jede Feldpost-Nr.

In den nächsten Wochen und Monaten werden den Heimkehrern im Stadt- und Landkreis Karlsruhe vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverein Karlsruhe, Herrenstr. 39, die Vermißtenliste für ihre eigene letzte Einheit zugehen. Das Rote Kreuz wird noch einmal im ganzen Bundesgebiet die Frage nach dem Verbleib dieser Kameraden an die Heimkehrer richten. Jeder Heimkehrer, der eine solche Liste in der Hand hält, mag hinter den nüchternen Daten und Angaben die Not und den Kummer der Frauen, Eltern und Kinder sehen, die sich noch allein vom Suchdienst eine Auskunft erwarten können. Er mag in dem glücklichen Gefühl, die Gefangenschaft endlich hinter sich zu haben, dabei der Zeit gedenken, als seine eigene Familie sich vielleicht dieselben Sorgen um sein Schicksal machen mußten. Dann wird er das richtige Verständnis für die Bedeutung seiner Aussage gewinnen und dem R. ten Kreuz die Angaben machen, die ihm möglich sind. Es ist zu hoffen, daß es dem gemeinsamen Bemühen des Roten Kreuzes und den Heimkehrer gelingt, eine große Anzahl von Vermißtenschicksalen zu klären und damit endlich den wartenden Familien die ersehnte Gewißheit zu bringen. Dafür wird das Rote Kreuz alle Kräfte einsetzen. Das Deutsche Rote Kreuz wird immer bereit sein, alles nur Mögliche zu tun, um den Angehörigen von Kriegsgefangenen und Vermißten und allen anderen beizustehen, die in ihrer Not des menschlichen Verständnisses und der Hilfsbereitschaft bedürfen.

Advertisement for the Red Cross search service. It features a large question mark and the text: 'Deutsches Rotes Kreuz Vermißtenliste', 'Heimkehrer!', 'Die Vermißtenliste Deiner Einheit kommt: Gib Auskunft!', 'Millionen Angehörige erhoffen Gewißheit'.

Aus dem Albgau

Spinnerei

Jahresbilanz der Kranken- und Sterbekasse

Spinnerei, Am Sonntag fand in der „Sonne“ in Busenbach die Generalversammlung der freiwilligen Kranken- und Sterbekasse der Spinnerei und Weberei statt. Ohne Übertreibung kann festgestellt werden, daß dies die bestbesuchteste Versammlung seit Bestehen der Kasse war. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gab Vorstand Fundis einen umfassenden Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß sich der Unterstützungsverein im abgelaufenen Jahr in einer aufsteigenden Form befand, was auch aus dem Bericht des Kassiers eindeutig zum Ausdruck kam. Beide Berichte wurden mit großem Beifall aufgenommen. Kassensprüfer Schreiber und Böhm fanden die Kasse, was Führung und Bestand betrifft, in allerbesten Ordnung und baten um Entlastung, die auch einstimmig gewährt wurde. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Rudolf Müller, Kassier, und Theodor Altenbach als Beisitzer, wurden wiederum für drei Jahre einstimmig gewählt. An der Aussprache beteiligten sich die Kassenmitglieder sehr regen, so daß der Verwaltung so manchen Hinweis für das beginnende Geschäftsjahr mit auf den Weg gegeben wurde. Die nächste Generalversammlung findet in der Spinnereifabrik statt. Zum Abschluß dankte Vorstand Fundis allen für die rege Anteilnahme und bat die Kassenmitglieder in der Werbung nicht müde zu werden, da es ja jedem Mitglied wiederum zugute kommt.

Aus Etsenrot

Schulhausneubau beschlossen

Etsenrot, In seiner ersten Sitzung hatte der neue Gemeinderat sich bereits mit einer umfangreichen und wichtigen Tagesordnung zu befassen. Für die beiden letzten Häuser der Etsenroter Siedlung der „Neuen Heimat“ übernahm die Gemeindeverwaltung wiederum die Ausfallbürgschaften. Unterdessen sind die Vorarbeiten für diese Häuser bereits begonnen worden, sodaß, wenn nur die erforderlichen Mittel zugeteilt werden, die aus zehn Zweifamilienhäusern bestehende Siedlungsanlage bis Juni oder Juli 1951 fertiggestellt und vollkommen bezogen sein kann.

Daß die Gemeindeverwaltung die auf der letzten Bürgerversammlung gemachten Vorschläge gern und willig aufgegriffen hat, beweist der nächste Punkt der Tagesordnung. Dem Gemeinderat lag nämlich schon ein Vorschlag für den geplanten Schulhausneubau vor. Er sieht vor, daß durch den Umbau statt der bisherigen zwei nun drei Schuläle zur Verfügung stehen würden. Auch für die Gemeindeverwaltung, die sich mit der Volksschule in das über 100 Jahre alte Rathausgebäude teilen muß, könnte ein dringend notwendiger, weiterer Raum gewonnen werden. Der Gemeinderat nahm nach eingehender Prüfung diesen Vorschlag an.

Ferner wurde gemäß der Anordnung des Innenministeriums die Feuerschutzabgabe neu geregelt. Die Abgabe, deren Höhe sich nach Altersklassen staffelt, muß zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft der örtlichen Wehr und

zur Beschaffung und Pflege von Feuerlöschgeräten verwendet werden.

Nachdem der bisherige Ziegenbockhalter den Vertrag mit der Gemeinde gekündigt hat, wurde beschlossen, nach ortsüblicher Bekanntgabe mit einem neuen Bewerber für die Ziegenbockhaltung einen neuen Vertrag abzuschließen.

Der stark verminderte Waldbestand Etsenrots zwingt, wie auf dieser Sitzung weiter beschlossen wurde, leider dazu, in Zukunft jeder Familie nur noch einen Ster Brennholz zuzuteilen. Ansprüche auf Zuteilung bestimmter Holzsorten können daher nicht mehr berücksichtigt werden, sodaß das Los entscheiden wird.

Eine wichtige Neuerung für Etsenrot stellt die neue Motorobstbaumspritze dar. In Anbetracht der vielen Obstbaumschädlinge, zu denen sich an einigen Stellen leider auch die gefährliche San Jose-Schildlaus gesellt hat, dürfte sich die Spritze, die sich durch ein Zusatzgerät auch zur Kartoffelkäferbekämpfung verwenden läßt, bald bezahlt machen.

Reichenbach meldet

Reichenbach, Im Alter von erst 29 Jahren wurde letzten Sonntag Magdalena Bauer geb. Schall zu Grabe getragen. Sie schenkte einem Kind das Leben und starb ein Tag später an einer Embolie. Die Anteilnahme der Bevölkerung an dem tragischen Ende einer jungen Mutter kam durch die außergewöhnlich große Beteiligung bei der Beerdigung zum Ausdruck.

Das Ständesamt verzeichnete im Januar 5 Eheschließungen, 4 Geburten und 2 Sterbefälle.

Am Sonntag findet in der „Sonne“ die Generalversammlung des Obst- und Gartenbauvereins statt.

Bruno Becker erhielt die Genehmigung zum Kleinhandel mit Flaschenbier.

Bei der Generalversammlung des Musikvereins am letzten Sonntag sind Alois Kraft und Josef Becker, Georg Sohn zu Ehrenmitgliedern ernannt worden.

Bericht aus Speffart

Generalversammlung des Gesangsvereins „Germania“

Speffart, Am vergangenen Sonntag fand die obengenannte Versammlung im Vereinslokal zum Adler statt. Vorstand Franz Kreuzt jg. konnte die zahlreich erschienenen Mitglieder begrüßen und gab die Tagesordnung bekannt. Der Schriftführer verlas zum ersten Punkt das umfangreiche Protokoll, woraus die sehr rege Vereinstätigkeit des vergangenen Jahres noch einmal in Erinnerung gerufen wurde. Hieran schloß sich der Geschäfts- und Kassensbericht des Geldwartes. Die Einnahmen und Ausgaben ergänzten die getätigten Veranstaltungen. Der Verein ist auch finanziell gesund, was die Kassensprachen bestätigen. Schriftführer und Kassier wurden hierauf entlastet. Vor der Neuwahl des Gesamtvorstandes legte Franz Kreuzt jg. sein Vorstandsamt aus Gesundheitsrückständen nieder. Er ist Schwerkriegsbeschädigter. Die Neuwahl brachte einige Neuerungen. 1. Vorstand wurde Hugo Brehm, 2. Vorstand, zugleich Sängerchorleiter, bleibt Artur Günter. Das Schriftführeramt übernahm der selbsterwählte Vorstand

Fr. Kreuzt jg. Hermann Ochs wurde zum Kassier gewählt. Die übrige Vorstandschaft nahm ihr Amt wieder an. Aus dem 4. Punkt ist besonders die Festsetzung des diesjährigen Gartenfestes auf den 3. August hervorzuheben. Mit einigen Liedvorträgen konnte die so schön verlaufene Generalversammlung geschlossen werden, nachdem der badische und der deutsche Sängergroß erklungen waren. Schülerinnen der oberen Klassen sammelten am Sonntag für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Aus dem Gerichtssaal

Andre Völker, andre Sitten

Daß jedes Volk seine Eigentümlichkeiten besitzt, im Negativen wie auch im Positiven, das erwies sich wieder einmal in der letzten Sitzung des Amtsgerichts Ettlingen.

Ein 41-jähriger Einwohner aus Busenbach, der aus Jugoslawien stammt, war wegen Bedrohung und Nötigung angezeigt. Der Angeklagte bewohnt mit anderen Familien zusammen ein kleines Haus in Busenbach. Mit seinen sechs Angehörigen lebt er in einem Zimmer und einer Wohnküche. Daß es dabei nicht ohne dauernde Reibungen abgeht, ist nahezu selbstverständlich. Im Oktober vorigen Jahres platzte endlich die Bombe.

Die Zeugin, die das gleiche Haus bewohnte, erklärte vor Gericht, daß die Unterkunft menschenunwürdig sei und eher einem Stall gleiche. Sie stand an jenem Tag im Oktober in der schmalen Eingangstür, als der Angeklagte mit schmutzigen Schuhen vom Holzspalten kam, die Schuhe abkratze und ins Haus wollte. Sie gab ihm den Weg nicht frei und so zwängte er sich an ihr vorbei durch die Tür. Der Angeklagte geriet in Wut, lief in sein Zimmer und tobte dort. Dabei stieß er die wüsten Schimpfwörter der serbischen Sprache aus. Aber auch die Zeugin war nicht faul, sondern antwortete mit einer Schimpfkanonade in serbisch, für deren Übersetzung die deutsche Sprache keine Ausdrücke kennt. Das forderte den Angeklagten erneut heraus. Er stürzte in die Wohnung der Zeugin und rief ihr zu, er werde sie töteln. Er ging vor kein Gericht, lieber würde er eine oder zwei Personen töteln. Ihm liege nichts am Leben.

Mit dem Ehemann, mit dem er sich gut verstand, ging er nach dessen Eintreffen aus dem Zimmer, um ihm in sachlicher Weise vom Vorgefallenen zu berichten. Einen Strafbefehl über 120 DM konnte er aber dadurch nicht mehr abwenden. Allerdings mußte er das Einspruchsrecht aus und so mußte schließlich das Ettlinger Amtsgericht entscheiden. Sicherlich war die Meinung des Richters berechtigt, nach der man das südliche Temperament des Angeklagten und der Zeugin in Rechnung stellen muß. Denn die Sprache ist dort rauher und Ausdrücke, die bei uns unmöglich sind, gehören dort zur Umgangssprache. Man kann deshalb diese Reden nicht mit einer unvollständigen Übersetzung ins Deutsche vergleichen. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage der Bedrohung und der Nötigung frei.

Vielleicht könnte dieses Vorkommnis manchem Einwohner als Beispiel dienen, daß er die Art anderer Menschen, vor allen Dingen

dann, wenn sie aus einer anderen Gegend stammen, nicht gleich als unmöglich abtut. Menschen die so viele Jahre ihre Heimat in einem anderen Teil der Welt besaßen, können sich auch nicht leicht mit unserer Mentalität abfinden. Daran sollte jeder denken, wenn er sich an den Eigentümlichkeiten seines Nachbarn stößt.

Bildtechniker gegen Rommel-Film

Zehn Filmtechniker, die z. Z. bei den Dreharbeiten zu dem Film „Der Wüstenfuchs“ beschäftigt sind, haben gekündigt. Der Film hat das Leben des deutschen Generals Erwin Rommel zum Inhalt. Nach Auffassung der französischen Gewerkschaft der Filmtechniker bedeutet das Filmwerk eine „Verherrlichung“ des deutschen Generals.

„Kieler Studentenwochen“

In der Zeit vom 1. bis 16. August 1951 wird die Kieler Universität im Rahmen der „Kieler Studentenwochen“ mit Studenten aus aller Welt „Gespräche über Probleme der Zeit“ führen. Die besondere Situation Kiels, vor allem seine Lage an der Ost-Westgrenze Innerdeutschlands, soll den Diskussionen „einen realen Hintergrund“ geben.

Kieler Professor geht nach Pakistan

Der Professor für Geschichte des Strafrechts, der Kriminologie und der Rechtsenzyklopädie an der Kieler Universität, Professor Dr. Georg Dahm, wurde für fünf Jahre an die Universität Dacca in Ostbengalen (Pakistan) berufen. Professor Dahm hat die Berufung angenommen.

Rheinwasserstand 21. 2.	Konstanz 297 (+ 0)
Breisach 206 (+ 6)	Strasbourg 270 (+ 8)
Maxau 448 (+ 7)	Mannheim 315 (+15)
Caub 245 (+14)	

Zürcher Notenfahrerkurse 12. 2.	20 2
New-York (1 Dollar)	4 29/4 - 4 29/4
London (1 Pf.)	10 60 - 10 62 1/2
Paris (100 fr.)	1 09 1/4 - 1 09 1/4
Brüssel (100 belg. fr.)	8 26 - 8 26 1/2
Mailand (100 Lire)	0 60 1/2 - 0 59 1/4
Deutschland (100 DM)	77 00 - 77 00
Wien (100 Sch.)	13 80 - 13 70

Berlin, den 21. 2. 51: Wechselkurs-Umrechnungskurs 1 DM(West) = 5 60 - 5 80 DM (Ost).

Wettervorhersage

Am Donnerstag wechselnd bewölkt, noch einzelne Schauer. Ab Freitag wolbig bis heiter und größtenteils niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen sechs bis neun Grad, nachts stellenweise leichter Frost. Zunächst noch milde bis frische, später abflauende westliche Winde.

Barometerversand: Veränderlich
Thermometerstand: theute früh 8 Uhr: 4° über 0

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5. Telefon 187. Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Danksagung
Für die herzliche Teilnahme und Blumen Spenden, sowie allen die unserem lieben Kind
EVA
das letzte Geleit gaben, unseren innigsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Heinrich Simon
Ettlingen, 22. Februar 1951

BEKANNTMACHUNGEN
Naturschutzverordnung: Schutz der Roten Waldameise
Die Rote Waldameise (Formica rufa L.) gehört zu den nach § 24 der Naturschutzverordnung vom 18. März 1936 (RGBl. I S. 181) völlig geschützten Tierarten. Es ist verboten, diese Tiere zu töten oder zum Zwecke der Aneignung zu fangen, ihre Nester zu beschädigen oder zu zerstören und ihre Puppen (die sog. Ameiencier) zum Zwecke der Aneignung wegzunehmen. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der §§ 30 und 31 der Naturschutzverordnung sowie des § 29 des Bld. Forststrafgesetzes (GVBl. 1924 S. 251) strafrechtlich verfolgt.
Der Landrat

Veränderung HR A II 71 Eintrag vom 14. 2. 1951. Firma Sägewerk Langensteinbach Hummel & Brodbeck oHG in Langensteinbach. Der Gesellschafter Emil Brodbeck ist am 1. Dezember 1950 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist damit aufgelöst. Ludwig Hummel führt das Geschäft unter Übernahme der Aktiven und Passiven als Alleininhaber weiter. Die Firma ist geändert in Sägewerk Langensteinbach Ludwig Hummel.

Neueintrag HR B 39 vom 13. Februar 1951. Firma Autohaus Zschernitz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ettlingen, (Karlsruher Str. 18). Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Kraftfahrzeugen jeglicher Art sowie mit Ersatzteilen und Zubehör zu solchen und die Reparatur von Kraftfahrzeugen. Stammkapital 20000.-DM. Geschäftsführer: Günther Zschernitz, Automechanikermeister und Hans Zschernitz, Kaufmann, beide in Ettlingen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Dezember 1950 errichtet. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder Geschäftsführer allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Amtsgericht

STELLENANGEBOTE
Küchenhilfskräfte
zum Bedienen v. Saal und Küche.
Müller, Strickwarenfabrikation
Ettlingen, Bismarckstraße 14

FRANCK
KAFFEE-ZUSATZ
Ja, wer eine feurige Tasse Kaffee wünscht, tut es sich und je ein Stück „echter“ FRANCK in seine Kaffeekanne. Denn der habe Fruchtzuckerhalt, der gibt dem Kaffee jene mild-würzige Rundung, die wir so an ihm lieben.



ZU VERMIETEN
Werkstatt mit Nebenraum zu vermieten. Zu erfragen unter Nr. 534 in der Ettlinger Zeitg.
Möbl. Zimmer an soliden Herrn zu vermieten. Evtl. Klavierbenutzung. Schriftliche Anfragen unter Nr. 547 an die E. Z.

In 30 Jahren
habe ich schon viele Bohnerwachs gebraucht und ausprobiert, muß Ihnen aber bestätigen, daß KINESSA wirklich das Beste vom Besten ist, meint Frau Hilde Schmidt, Offenbach, Hasenbachstraße 21. Vertrauen Sie ruhig dem Urteil dieser erfahrenen Hausfrau.

KINESSA
BOHNERWACHS
Haltbarkeitsqualität
Verpackungsmittel
Badenia-Drogerie
Leopoldstr. 7 Telefon 290

F. Giner
bei der St. Martinskirche
Dt. Bienenhonig
naturrein (Blütenhonig) ohne Glas 2.80
Frische Eier
10 Stück 1.45 bis 2.05
Allgäuer
Markenbutter
Feine Schokolade
Tafel von 68 Pfg. an
Flaschenweine
Liter-Flasche von 1.35 an
Huttenkreuz-Bier
Kulmbacher-Bier
Apfelmost
Liter 55 Pfg.
Apfel- u. Traubensaft

Aushilfsfahrer
ehrlich und zuverlässig
für Lkw und sonstige Arbeiten gesucht
Angebote unter Nr. 546 an die Ettlinger Zeitung

Asthma Verschlimmung Bronchitis usw.
Husta Glycin u. 1,35
Hustenbonbons
Beutel 40 und 75 Pfg.
Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Ettlingen

Neu eingetroffen
Jersey-Röcke
Gr. 40 / 42 / 44 / 46 / 48
Blusen Gr. 40 / 42 / 44
Fabrik-Reste
Kleider-Lavabel, Wäsche-Lavabel, Wollstoff (Woll-c'evion), Musselin, Schürzenstoff, in Qualität, schöne Muster zu billigen Preisen empfohlen
Frau Ott
Mühlenstraße 33

Anzeigen haben großen Erfolg in der Ettlinger Zeitg.

Ettlinger Flagge
jetzt verbesserte Mischung und billiger, 50 g 1.75 DM
Zigarrenhaus DIETZ
Leopoldstr. 6

ZU VERKAUFEN
Sehr schönes Schlafzimmer, Eiche mit Ruhbaum bietet Schreinermeister Bedter, Wolfartsweier
100 Ztr. Kuhmist zu verkaufen. Zu erfr. unter Nr. 545 in der E. Z.

Neu eingetroffen:
Tierpflanzmittel
In Futterkalk
500 g - 50 . . . kg - 95
Brockmanns Futterkalk
500 g - 80 . . . kg 1.20
Reinste Schweineemulsion mit höchst. Vitamingehalt
1/2 Pf. 1.45 . . . 1/2 Pf. 2.70
Mehr-Milch-Pulver
Vigantol usw.
In Hühnerfutter 500 g - 26
Küchensutter, Vogelfutter aller Art, Fischfutter
Markt-Drogerie
R. RUF, Tel. 100, Marktpl. 3

Umschau in Karlsruhe

„Pitt“ Seeger legte Revision ein

Karlsruhe (Iwb). Robert Seeger, der am 14. Februar 1951 von der Großen Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe wegen Betrugs in 16 Fällen, Unterschlagung und öffentlicher Beleidigung von Bahnbeamten zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, hat gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Im Revisionsverfahren wird Seeger von dem Münchener Rechtsanwalt Dr. Beyer vertreten.

Wegen Massenabtreibungen vor Gericht

Karlsruhe (UP). Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe beginnt ein Prozeß gegen den 61jährigen Frauenarzt Dr. Erb. Nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft steht Dr. Erb unter der Anklage der vollendeten und versuchten Abtreibung in etwa 185 Fällen.

Ostringer Sturmunglück — höhere Gewalt

Karlsruhe (UP). Nach einer Lokalverhandlung über die Schuldfrage für die Sturm- und Katastrophe von Ostringen wurden der angeklagte Bürgermeister des Ortes, Bender, sowie die beiden Bau- und Zimmermeister vom Landgericht Karlsruhe von der Anklage der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung freigesprochen. Im August des vergangenen Jahres war Mittelbaden von einem Orkan heimgesucht worden, der insbesondere in Ostringen schwere Schäden anrichtete und eine neubebaute Badehalle zum Einsturz brachte. Durch diesen Einsturz wurden zwei Personen getötet und 38 weitere zum größten Teil schwer verletzt. In der Urteilsbegründung heißt es, die Angeklagten könnten für die Bauweise nicht verantwortlich gemacht werden, weil die Baupläne von den zuständigen Baubehörden genehmigt worden seien. Das Unglück sei auf höhere Gewalt zurückzuführen.

Aus der badischen Heimat

Frauenleichen in Kellerruinen

Zu den Massenvernehmungen in Weinheim Mannheim (UP). Zu den in der Öffentlichkeit beanstandeten Massenvernehmungen von Frauen in Weinheim erklärte die Mannheimer Kriminalpolizei, daß sie sich in diesem Jahr mit 264 Anzeigen wegen Abtreibung befassen mußte. In sieben von diesen Fällen soll der Tod eingetreten sein. Die Leichen der Frauen seien von den Abtreibern unter anderem in Kellerruinen geworfen worden. In dem sprunghaften Ansteigen der Abtreibungen wird hier die eigentliche Ursache für das heftig umstrittene Vorgehen der Staatsanwaltschaft in Weinheim gesucht.

Oberstaatsanwalt von Mühlentfeld teilte mit, daß in Weinheim keineswegs Dinge vor sich gegangen seien, von denen seine vorgesetzte Dienststelle in Karlsruhe nichts wisse. Das ärztliche Berufsheimatgesetz sei eine vorwiegend standesrechtliche Angelegenheit, die mit der strafrechtlichen Untersuchung dieser Fälle nicht in Zusammenhang gebracht werden könne.

Der Vorsitzende der Ärztekammer Nordbaden, Dr. Geiger, protestierte bei der inneren Verwaltung des Landesbezirks Nordbaden gegen die Polizeimethoden, die bei den Ermittlungen über Abtreibungsfälle in Weinheim angewandt worden sind. Die Ärztekammer hat von der zuständigen inneren Verwaltung des Landesbezirks Nordbaden die vollständige Aufklärung der Vorfälle gefordert mit dem Hinweis, daß sich die Ärztekammer bereits wegen ähnlicher Vorkommnisse im Landkreis Karlsruhe mit der staatlichen Aufsichtsbehörde grundsätzlich auseinandergesetzt habe.

Ein Märchen: Gemeinde mit Überschüssen Lörrach (SWK). „Es war einmal eine Stadt, deren Stadtväter so weise wirtschafteten, daß das Budget am Ende des Jahres einen Überschuß von 6,3 Millionen aufwies.“

Ein Märchen? Für Deutschland leider. Aber nicht in der Schweiz. In Genf wurden im Jahre 1950 rund 15 Millionen Franken mehr eingenommen als im Etat veranschlagt waren.

Auch ein Opfer der Neumühler Raubmörder

Kaiseraultern (SWK). Nach seiner Rückkehr von einer kürzlich durchgeführten vergeblichen Großaktion zur Festnahme der aus dem Zuchthaus in Germersheim ausgebrochenen Neumühler Raubmörder — von denen wieder jede Spur fehlt — entlud sich die Pistole eines völlig übermüdeten Polizeibeamten aus Friesenheim beim Abschallen. Die

Kugel drang dem Unglücklichen in die Lunge und verletzte ihn so schwer, daß er bald nach Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Das Ende einer Laufbahn

Ulm (ZSH). Der ehemalige General der Flieger, Wilhelm Spedel, meldete sich nach seiner Freilassung aus Landsberg an genau demselben Kalendertag im Lager Ulm-Kienlesberg zur Entlassung ab, an dem er vor 38 Jahren seine militärische Laufbahn in der Kaserne Kienlesberg begonnen hatte. Er kehrte jetzt zu seiner Familie nach Heilbronn zurück.

Maier contra Gerstenmaier

Ministerpräsident zur Interpellation über Schnaiter Rede — Landtag für sozialen Lastenausgleich — Der Fall Kistner — Vorratslage knapp, aber nicht ernst

Stuttgart (Iwb). Im württemberg-badischen Landtag stellte die CDU-Fraktion an das Kabinett die Frage, ob es die Äußerung Dr. Maiers in Schnaiter billige. Dr. Maier antwortete, er werde diese Interpellation der CDU erst in einer der nächsten Sitzungen beantworten, weil er dem Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier eine „Überlegungsfrist“ einräumen möchte. Dr. Gerstenmaier müsse überlegen, ob er „den Stein, den er angestoßen hat, gegen sich selbst so ins Rollen bringen will, daß er ihn nicht mehr aufhalten kann.“

Auf diese Mitteilung des Ministerpräsidenten rief der Abgeordnete Möller (SPD): „Hängt das vielleicht mit Devisen- und Steuerschiebungen zusammen?“ Als Möller nach dem Sinn dieser Worte gefragt wurde, antwortete er: „Fragen Sie doch die Staatsanwaltschaft.“

Der Landtag sprach sich für einen sozialen Lastenausgleich aus. Ein Antrag der DG-BHE, die Regierung solle sich für den sozialen Lastenausgleich einsetzen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 75 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Der Landtag ersuchte jedoch die Regierung einstimmig, vor der Beratung des Lastenausgleichsgesetzes im Bundesrat dem Landtag Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Finanzminister Dr. Frank betonte, daß die württemberg-badische Regierung weiterhin für die soziale Gestaltung des Lastenausgleichs eintreten werde, weil eine quotaler Regelung ihrer Meinung nach undurchführbar und auch unsozial sei. Bei einem qualitativen Lastenausgleich, das heißt dem Ersatz verloren gegangenen Vermögens zu einem bestimmten Hundertsatz, würden 70 Prozent des deutschen Volkes, die früher außer ihrem Hausrat nie Vermögen besaßen hätten, unberücksichtigt bleiben. Abg. Dr. Mattes (DG-BHE) meinte dagegen, es bestehe die Gefahr, daß ein sozialer Lastenausgleich willkürlich angewendet werde, wenn kein Rechtsanspruch der Geschädigten bestehe.

Der Fall Kistner

Auf eine große Anfrage der CDU antwortete Ministerpräsident Dr. Maier, die Vernetzung des bisherigen Präsidialdirektors bei der nordbadischen Landesbezirksverwaltung, Ministerialrat Kistner, sei „auf dienstliche Notwendigkeiten“ zurückzuführen. Kistner habe schon früher seine Befugnisse überschritten. Dafür sei er von dem früheren Landesbezirkspräsidenten Dr. Köhler zurechtgewiesen worden. Landesbezirkspräsident Dr. Kaufmann habe um eine Vernetzung Kistners nachgesucht, die dann vom Ministerrat auch gebilligt worden sei. Außerdem habe Kistner selbst um seine Vernetzung gebeten, falls seine Befugnisse eingeschränkt werden sollten. Dr. Maier wies nachdrücklich die Vermutung zurück, daß mit der Vernetzung die Grundsätze des Berufsbeamtentums aus weltanschaulichen oder parteipolitischen Gründen verletzt worden seien. Wie Ministerpräsident Maier weiter mitteilte, beabsichtigt Kistner, seine Vernetzung vor dem Verwaltungsgeschichtshof anzufechten. Dr. Werber (CDU) wies darauf hin, daß die Vernetzung Kistners mit Wissen des

Präsidialamtes in der Presse mit Einsparungsmaßnahmen begründet worden sei. Dr. Maier habe Kistner gegenüber geäußert, daß sich jeder Beamte eine Vernetzung aus politischen Gründen gefallen lassen müsse. Diese Äußerung des Ministerpräsidenten verstöße gegen das Grundgesetz. Gegen diese Erklärung Werbers erhob Ministerpräsident Maier keinen Einspruch.

Herrmann zur Vorratslage

Landwirtschaftsminister Herrmann (DVP) erklärte auf eine Anfrage der DVP, es sei richtig, daß die Lage auf dem Gebiet der Nahrungsmittelbevorratung angespannt sei, jedoch nicht so, daß eine Mangellage befürchtet werden müsse. Der Landtag nahm einen Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses einstimmig an, in dem die Bundesbehörden aufgefordert werden, die dem Land Württemberg-Baden zustehenden, bisher jedoch noch nicht gelieferten Mengen an Importgetreide mit größter Beschleunigung nachzuliefern. Ein Antrag der CDU, den Fettgehalt der Frischmilch zu erhöhen und den Preis für diese Milch neu festzusetzen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Ferner wurde ein Antrag des Finanzausschusses über die Gewährung staatsverbürgter Kredite an Heimatvertriebene und Kriegsschädigte angenommen. Der für Sonderkredite an Heimatvertriebene und andere Kriegsschädigte festgesetzte Höchstbetrag von 5000 DM soll auf 15.000 DM erhöht werden.

In einem Antrag der SPD, dem der Landtag ebenfalls zustimmte, wird die Staatsregierung ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die Erziehungsbeihilfen für Lehrlinge und Anlernlinge für das gesamte Bundesgebiet einheitlich geregelt werden.

Weiter nahm der Landtag einen Antrag des Wohnungsausschusses an, den interministeriellen Ausschuß zu veranlassen, bei der Beratung von Fragen, die mit einer freiwilligen Umsiedlung von Heimatvertriebenen, Evakuierten und Flüchtlingen im Zusammenhang stehen, Vertreter der verschiedenen interessierten Organisation hinzuzuziehen.

Innenminister Ulrich teilte dem Landtag mit, die staatlichen und kommunalen Organe sowie die privaten Ärzte würden alles unternehmen, um die spinale Kinderlähmung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das Innenministerium plane bereits seit Herbst die Errichtung eines Behandlungszentrums für Personen, die an spinale Kinderlähmung erkrankt sind. Als Ort für dieses Zentrum sei Wildbad vorgeschlagen worden.

Landtagspräsident Kell gab dem Plenum bekannt, daß nach einer Feststellung des Ältestenrates der DVP-Abgeordnete Dr. Burneilt sein Mandat freiwillig niedergelegt habe.

Generalstaatsanwalt Dr. Schmid teilte dem Landtag mit, daß das Justizministerium erwäge, sich wegen des Freispruchs des Griechen Kawalides durch das amerikanische Bezirksgericht an die Landeskommission zu wenden.

In einer an die Regierung der „Deutschen Demokratischen Republik“ gerichteten Entschließung, die einstimmig gebilligt wurde, forderte der württemberg-badische Landtag die Freilassung aller Häftlinge in der Sowjetzone, denen keine persönliche Schuld im Sinne der deutschen Strafgesetze nachgewiesen werden kann.

Der Landtag wird am kommenden Mittwoch zu seiner nächsten — voraussichtlich wieder ganztägigen — Sitzung zusammentreten.

Hilfswerk gegen Verdächtigungen

Stuttgart (Iwb). In einer Erklärung des Evangelischen Hilfswerks heißt es, auf Andeutungen, die der Ministerpräsident über den Bundestagsabgeordneten Dr. Gerstenmaier machte, habe der SPD-Abgeordnete Möller mit dem Zwischenruf „Meinen Sie Zöll- und Devisenabhebungen?“ reagiert. Dr. Gerstenmaier werde sich gegen diese Verdächtigungen selbst auf das schärfste verwehren. Wenn man diesen Zwischenruf jedoch auf das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland beziehen wolle, so wisse die Leitung des Hilfswerks eine derartige Auffassung als „gemeine Verdächtigung“ eines kirchlichen Werkes und als einen unerhörten Versuch zurück, die wirkungsvolle Tätigkeit der Kirche auf sozialem und karitativem Gebiet zu verunflumpfen.

Aus der christlichen Welt

China-Missionar wird selig gesprochen

Am 18. Februar findet in der St. Peters-Basilika die feierliche Seligsprechung des italienischen China-Missionars Alberto Crestelli statt, der während des Boxeraufstandes in China 1900 den Märtyrertod erlitten hat. Aus vatikanischen Kreisen verlautet, daß im Jahre 1931 wenigstens vier Seligsprechungen und vier Heiligsprechungen erfolgen sollen. Die Seligsprechung des im Jahre 1914 verstorbenen Papstes Pius X. wird voraussichtlich im Mai dieses Jahres stattfinden.

Vorläufig kein Nachfolger für Preysing

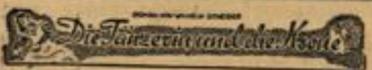
Das Berliner Domkapitel will vorläufig, wie aus katholischen Kreisen verlautet, von der Wahl eines neuen katholischen Bischofs für Berlin als Nachfolger des verstorbenen Kardinals Graf von Preysing absehen. Der Heilige Stuhl soll vielmehr gebeten werden, einen päpstlichen Administrator zu ernennen, bis die komplizierten staatsrechtlichen Fragen weniger schwierig erscheinen. Der vom Domkapitel gewählte Bischof muß von der staatlichen Obrigkeit bestätigt werden. In diesem Falle wäre die Zustimmung des Westberliner Senats, des Ostberliner Magistrats und der Regierung der Sowjetzone erforderlich.

Bischof von Tschentochau gestorben

Theodor Kubina, der Bischof von Tschentochau ist im Alter von 70 Jahren verstorben. Die polnische Presse, die Kubinas Tod bekanntgab, nannte die Todesursache nicht.

„Protestantische Rompilger“

Unter Führung von Dekan Sinning (Reigershausen bei Kassel) hatten 118 evangelische Jungen und Mädchen im vergangenen Jahr an einer Italienfahrt teilgenommen, die von der behördlichen Jugendpflege als „Nordhessischer Jugendsonderzug“ durchgeführt war. Die evangelische Jugendabordnung hatte dabei einer Papstaudienz beigewohnt und war in den Segen des Papstes miteingeschlossen. Auf den Vorwurf evangelischer Kreise in Hessen, daß hier „protestantische Rompilger“ unterwegs gewesen seien, erwiderte Dekan Sinning, es habe sich vielmehr um das Bestreben gehandelt, sich mit der katholischen Jugend der gemeinsamen Grundzüge der einen Kirche Christi bewußt zu werden. Wenn das „Heilige Jahr“ im Pilgergebet als das „Jahr der großen Heimkehr“ bezeichnet werde, so gehe es nicht um die Heimkehr nach Rom, sondern um die Heimkehr aller Konfessionen zu Christus.



(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden) 15. Fortsetzung Nachdruck verboten.

„Willst du Nell alles sagen?“

„Ich habe niemals Geheimnisse vor ihr. Vielleicht weiß sie auch einen Rat. Sie hat für alles den rechten Instinkt. Nun, du wirst sie ja kennenlernen, sie ist fabelhaft.“

Eine Viertelstunde später hörten sie das Geräusch eines vorfahrenden Wagens und ein zweifaches Hupensignal. Körding sprang auf. Bert bemerkte, wie erregt er plötzlich war. Er knipste das Licht an, lief hastig hinaus und kam nach einigen Minuten mit Nell zusammen zurück.

Bert war überrascht: Nell wirkte sehr jung; sie sah aus, als wäre sie noch nicht zwanzig. Sie war blond, frisch und natürlich. Mit einer burschikosen Geste reichte sie ihm die Hand und lächelte ihm offen ins Gesicht:

„Peter hat mir schon am Telefon von Ihnen erzählt, Herr Helken. Merkwürdig, wie wenig Sie Jörn ähnlich sind, einfach erstaunlich! Sie sind ein ganz anderer Typ. Fein, daß Ihr es so gemütlich habt.“

Sie sank in einen der Kaminsessel, schlug die langen, schlanken Beine übereinander und ließ keinen Blick von Bert. Mit ihren großen, hellen Augen prüfte sie neugierig sein Gesicht.

„Um den Mund haben Sie etwas von Jörn“, plauderte sie weiter, „das ist aber anscheinend auch alles; man würde Sie niemals für Brüder halten. Wissen Sie, daß wir Jörn sehr gern haben? Er ist etwas verrückt, aber das finden wir gerade

so nett an ihm. Die meisten Menschen sind viel zu normal.“

Sie lachte. Ihre Fröhlichkeit, das Offene und Draufgängerische ihres Wesens bezauberte Bert. Auch sonst gefiel sie ihm, er mochte große und sehr schlank Frauen gern. Von ihrem reizvollen, eigenwilligen Gesicht ging ein Leuchten aus. Ihr blondes Haar trug sie sehr einfach.

Körding hatte Bert während der Überfahrt einiges über Nell erzählt. Als Kind deutscher Siedler war sie auf den argentinischen Pampas zur Welt gekommen. Nachdem sie beide Eltern verloren hatte, war sie bei einer Tante, die heute jedoch auch nicht mehr lebte, in Buenos Aires aufgewachsen. Sie war völlig frei und selbständig, besaß ein eigenes kleines Vermögen und studierte seit kurzem an einer Handelshochschule. Früher hatte sie bei der Lorena Stunden genommen, nicht um Tänzerin zu werden, sondern aus Liebe zur Sache, nur um ihren Körper zu trainieren.

„Sie sind also Peters Freund“, sagte Nell, „weiß Jörn schon, daß Sie hier sind?“

„Er hat keine Ahnung.“

„Fein!“ Sie klatschte in die Hände wie ein übermütiges Kind: „Wenn er herinkommt, dann müssen Sie sich hinter dem großen Schrank verstecken.“

Sie plauderte weiter, fragte nach dem Verlauf der Reise, sprach über Jörn. Sie sprang von einem Thema zum anderen. Bert wunderte sich, wie wenig sie sich um Körding kümmerte. Wenn Körding einmal ein Wort einwarf, übergang sie es.

Seltsam, dachte Bert, wie haben sich diese beiden so sehr verschiedenen Menschen nur gefunden! Sie passen gar nicht zueinander.

Körding wirkte steif und hölzern neben Nell.

Jetzt wandte sie sich ihrem Verlobten zum erstenmal offen zu: „Und wie ist es dir ergangen, Peter? Hast du die Krone bekommen? Anscheinend nicht, denn sonst würde das Wunderwerk sicher hier auf dem Tisch liegen, für mich zum Empfang.“

Körding begann zu erzählen, er gab einen kurzen Bericht des spanischen Abenteuers. Er verschwieg ihr nichts. Nachdem er geendet hatte, blickte Nell ins Feuer. Schweigend saß sie so eine ganze Weile, die gefalteten Hände im Schoß. Ihr Übermut war wie fortgeblasen. Schließlich sagte sie:

„Das sind ja merkwürdige Dinge, die Ihr da erlebt habt. Du hättest dich nicht so in deine Idee verrennen sollen, Peter, dabei kommt nie etwas heraus.“

„Traust du der Lorena eine derartige Handlungsweise zu?“ fragte Körding seine Verlobte, „du kennst sie doch ziemlich genau.“

„Eigentlich nicht.“

„Du kannst ruhig darüber sprechen, Nell. Auf Bert brauchst du keine Rücksicht zu nehmen, er glaubt fest an ihre Schuld.“

Sie musterte Bert von der Seite und fragte ihn: „Wirklich?“

„Ja“, antwortete Bert, „es ist zu Ende. Was wissen Sie über die Lorena?“

„Nichts. Eine Frau wie sie kann man niemals kennen lernen. Man kann nicht in sie hineinschauen, sie zeigt immer nur die Oberfläche ihres Wesens. Meinen Freundinnen, die mit ihr zusammen bei ihr Unterricht nahmen, ging es nicht anders als mir. Niemand kennt sie, niemand weiß, wie sie wirklich ist.“

„Du hast einmal von ihrer Geldgier gesprochen“, warf Körding ein.

„In diesem Lande sind fast alle Leute so.“

„Aber bei ihr ist der Erwerbssinn anscheinend ganz besonders ausgeprägt. Jedenfalls habe ich es damals so verstanden, als du es mir sagtest.“

„Ja, Peter, sie liebt das Geld über alles, es ist ihr Gott. Und alle Leute wissen es auch. Sie besitzt Häuser in der Provinz, in Rosario und Santa Fé und sie klagt immer darüber, daß sie ihr zu wenig einbringen. Sie weint, wenn ein Gastpfeil einmal nicht das abwirft, was sie sich vorstellte. So ist sie. Jeder kennt ihre Sparsamkeit, die fast an Geiz grenzt. Sie erzielt ungeheure Gagen, leistet sich aber nicht einmal einen eigenen Wagen, den hier doch jeder hat. Sie plagt sich ab, gibt Stunden. Alle wundern sich darüber, sie hat es doch gar nicht nötig. Ich war oft dabei, wenn sie sich mit Kastenreuth wegen Geld zankte. Einmal hörte ich, wie sie ihm Vorwürfe machte, er hätte irgendeine Summe nicht zweckmäßig angelegt. Das alles ist richtig. Aber vielleicht kann man's verstehen. Sie ist heute dreißig Jahre alt und eines Tages wird ihr die Bühne verschlossen sein. Sie muß sich ein Kapital schaffen, von dem sie später leben kann.“

„Kennen Sie Juli?“ fragte Bert.

Nell wandte sich ihm rasch zu; sekundenlang haftete ihr Blick groß und nachdenklich in seinen Augen, dann starrte sie wieder ins Feuer.

„Ja“, sagte sie, „ich kenne ihn. Aber nur sehr flüchtig. Er wurde mir einmal von Conchita vorgestellt. Er kam damals häufig zu ihr, er galt als ihr Freund.“

Fortsetzung folgt



DIE KREUZKIRCHE IN REICHENBERG
Über die Dächer der alten Stadt Reichenberg, einst Mittelpunkt des Sudetendeutschtums...

Der 4. März als sudetendeutscher Gedenktag

Seliger sprach auf dem Marktplatz von Teplitz-Schönau

Jede Volksgruppe besitzt, ebenso wie jedes Volk, seine durch geschichtliche Ereignisse geheiligten Gedenktage. Zumeist sind es Tage des Sieges und des Glanzes. Der Tag, der jedem Sudetendeutschen denkwürdig ist...

hindert, ihre Volksvertreter in die höchste gemeinsame Körperschaft zu wählen. Noch war durch keinen Friedensvertrag über ihr künftiges Schicksal entschieden...

Paris oder anderswo. Ueber das Schicksal Deutschböhmens werden wir selbst entscheiden! Als die Millionen vertrauensvoll auf das Gewissen der Menschheit und die Erklärungen Wilsons aus den Sälen und von den Plätzen...

Sommersingen am Sonntag Lätare

Ein alter schlesischer Brauch

Wenn der Sonntag Lätare, der dritte Sonntag vor Ostern, herankam, dann schlugen die Herzen der schlesischen Kinder höher: das war ja der Sommer Sonntag, der die Aussicht auf mancherlei Freuden und Genüsse eröffnete.

Frau Wirtin hat gar spätrge Schuh,
Sè ghebt dermit uff's Kerchla zu.
Im Kerchla wird se baba,
El a Himmel wird se trata.

Denken Sie noch daran, daß...
In Sprottau am Beber der älteste Großstein Schlesiens stand?
Stargard in Pommern stolz darauf war, schon seit 1243 Stadtrecht zu besitzen?

Aber das waren Ausnahmen. Die meisten gaben gern und freuten sich der gesungene kleinen Schär. Mancher Bauer handelte sich auch so einen Sommerzwig ein und nagelte ihn über die Stalltür. Das schützte vor Unglück.

Herrliche Tage in Rominten

Heute ist das ideale Rotwildrevier Ostpreußens verödet

Dieses schönste Rotwildrevier Ostpreußens war immer, nicht nur zur Zeit der Hirschbrunst, wenn es von den meisten aufgesucht wurde, ein Erlebnis, sondern zu allen Jahreszeiten. Ganz besonders auch im Sommer, wenn die Natur zu neuem Leben erwacht ist.

der Heide bildenden Orte Jagdhaus Rominten, befand und in dem der Wanderer alles zum leiblichen Wohle Erwünschte bekam, kehrte ich ein. Am nächsten Morgen war ich schon ganz früh auf den Läufen...

Weißer Wolken über schmucken Städten

Pommern, wie schön bist du...

Ich wandere in Gedanken die anmutige Küstenlinie zwischen Kolberg und Stolp entlang, das leise Rauschen der Ostsee im Ohr. Die Wellen schäumen grünlichgelb, verfließen wie weißer Schaum im Sande und das Geschrei der Möwen liegt wie ein altes Lied in der Luft.

Dom hinein: überall klingt die gleiche Melodie, überall begegnen dir die gleichen stillen, zufriedenen, gesunden Gesichter. Pommern ist ein gesundes Land, es hat seine Städte trutzig bauen müssen, trutzig und breit, aber mit ruhigen Linien, wie das Meer, wie die Landschaft zwischen den Seen.

redet worden war. Manchmal wuchs die Schar auch auf ein gutes halbes Schock an.
Haus für Haus wurde nun „abgekloppt“. Mit heller Stimme erscholl gewöhnlich als erstes Lied:
Rot Gewand, rot Gewand
Schöne, grüne Linden
Suchen wir, suchen wir,
Wo wir etwas finden.



DER RING IN STRIEGAU (NIEDERSCHLESSEN)
Die freundliche Stadt Striegau in Niederschlesien malerisch am Fuß der Sudeten gelegen, zählte 1939 noch 15.900 Einwohner. Heute ist diese Zahl um mehr als die Hälfte zurückgegangen.